

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Editorial	7
<i>POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT</i>	8
Portugiesische Ratspräsidentschaft	8
EU-Sondergipfel zum Thema "Coronavirus" am 21.01.2021	8
Außenminister rücken Klima und Energie in den Mittelpunkt ihrer diplomatischen Beratungen	9
Europaminister wollen den gordischen Knoten zum Start der Konferenz zur Zukunft der EU lösen	9
Europäisches Parlament.....	10
Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 18.01.2021 – 21.01.2021.....	10
Institutionelles	11
Europäische Kommission I: Aus der Generaldirektion DEVCO wird die Generaldirektion INTPA	11
Europäische Kommission II: Aus der Stabsstelle UKTF wird die Stabsstelle UKS	11
Internationale Beziehungen	11
Vereinigtes Königreich: Status des EU-Botschafters in London.....	11
Medien	12
EuGH erlaubt Beschränkung der Barzahlung für Rundfunkbeitrag – Ball liegt jetzt beim BVerwG.....	12
<i>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION.....</i>	13
Covid-19.....	13
Vorschläge der Kommission zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen	13
Japan nicht mehr auf Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten	14
Schengen.....	14
Kommission startet Konsultation zur künftigen Schengen-Strategie	14
Frontex	14
Abschließende Untersuchung illegaler Pushback-Vorwürfe bis Ende Februar 2021.....	14
Wahlen	15
Kommission startet Konsultation zur Transparenz politischer Werbung	15
<i>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR.....</i>	16
Verkehrsinfrastruktur	16
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien	16



Schienerverkehr.....	16
Kommission legt siebten Fortschrittsbericht zur Entwicklung des Eisenbahnmarktes vor	16
Rat nimmt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr an.....	16
Luftverkehr	17
Rat erteilt Verhandlungsmandat zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen	17
Straßenverkehr	17
Kommission führt Befragung zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer durch	17
Kommission führt Konsultation zur Fahrzeugsicherheit durch.....	18
Kommission führt Konsultation zum Zugang zu Fahrzeuginformationen durch	18
Bauen und Wohnen	18
Kommission startet Initiative neues „Europäisches Bauhaus“	18
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für November 2020 in der EU	19
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im dritten Quartal 2020 in der EU	19
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	20
Initiativbericht über Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten in der Lieferkette im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments angenommen	20
Initiativbericht des Europäischen Parlaments zum Europäischen Haftbefehl	20
Debatte im Plenum des Europäischen Parlaments über mangelnde Transparenz bei der Ernennung der Europäischen Staatsanwälte.....	21
Rat nimmt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr an.....	21
Verwaltungsdirektor für die Europäische Staatsanwaltschaft ernannt.....	22
Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft und Europol	22
Kommission leitet nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren zum Schutz der Unabhängigkeit polnischer Richter ein	22
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....	23
Kommission startet Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“.....	23
Erasmus+-App gestartet	23
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	24
Rat für Wirtschaft und Finanzen, 19.01.2021: Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft, Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds und notleidende Kredite.....	24
Jährliche Inflation im Euroraum: Im Dezember 2020 unverändert bei -0,3 %	24



EU-Haushalt	25
Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission emittiert erste SURE-Sozialanleihe im Jahr 2021	25
EU-Wiederaufbaufonds: Kommission aktualisiert Leitlinien für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne	25
Brexit-Auswirkungen: Kommission schlägt für Anpassungsreserve Änderung des EU-Jahreshaushalts 2021 vor.....	26
Steuer	26
Kommissionsinitiative für eine künftige Digitalsteuer: Öffentliche Konsultation gestartet	26
US-FATCA-Gesetz: Europäischer Datenschutzausschuss prüft erneut die Vereinbarkeit mit der Datenschutz- Grundverordnung	27
Europäisches Parlament fordert Reform der „schwarzen“ EU-Liste steuerlich unkooperativer Länder	27
EuGH: Die Überlassung eines Dienstwagens für private Zwecke ist ohne Gegenleistung nicht mehrwertsteuerpflichtig.....	28
EuGH: Österreich setzt Mehrwertsteuer bei Reisebüros nicht korrekt um.....	28
Bericht des Europäischen Rechnungshofs zum Austausch von Steuerinformationen in der EU: Solide Grundlage, bei der Umsetzung hapere es jedoch.....	29
Wirtschafts- und Währungsunion.....	29
Tagung der Euro-Gruppe, 18.01.2021: Beratungen über die EU-Aufbau- und Resilienzgelder, makroökonomische Ungleichgewichte im Euroraum und die künftigen Beziehungen zu den USA.....	29
Staatliche Verschuldungsquote im Euroraum steigt im dritten Quartal 2020 auf 97,3 %, während sich das öffentliche Defizit erholt.....	30
Europäische Zentralbank: Zahl der gefälschten Euro-Banknoten 2020 auf Rekordtief	31
Kommission nimmt Stellung zu Litauens aktualisiertem Haushaltsentwurf für 2021	31
DIGITALE INFRASTRUKTUR.....	32
Breitbandausbau: Kommission genehmigt 325-Mio.-€-Förderung in Italien für sehr schnelles Internet in Schulen.....	32
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE	33
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie	33
Europäische Kommission legt Strategie zur Förderung der Offenheit, Stärke und Resilienz des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU vor	33
Kapitalmarktunion: Europäisches Parlament bestätigt Trilogeinigung zur Änderung der Benchmark-VO für kritische Referenzwerte	33
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt IPCEI-Projekt im Bereich der Batteriewertschöpfungskette	34
Staatliche Beihilfen: Europäische Kommission genehmigt letzten Teil der deutschen Novemberhilfe	34
Staatliche Beihilfen: Vorschlag zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Beihilferahmens.....	34



Staatliche Beihilfe: Europäische Kommission genehmigt deutsche Änderungsregelung zur Förderung von Forschung und Entwicklung	35
Konsultation zur Stabilität von Banken und Einlagensicherung	35
Fahrplan zur Bewertung von Makrofinanzhilfen der EU an Nicht-EU-Partnerländer	35
Europäischer Rechnungshof: Bericht zur EU-Bankenabwicklung	36
EU-Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbußen von 7,8 Mio. € gegen Valve und fünf PC-Videospielverlage wegen Geoblocking-Praktiken	36
Außenwirtschaft.....	36
Welthandelsorganisation: Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung zur Durchsetzungsverordnung zum Schutz der Handelsinteressen der EU	36
Finanzdienstleistungen: US-amerikanische zentrale Gegenparteien werden als gleichwertig anerkannt.....	37
Außenwirtschaft: Rechtswidrige Ausfuhrbeschränkungen Indonesiens für Rohstoffe für nicht rostenden Stahl	37
Südkorea verstößt gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen des Handelsabkommens mit der EU	37
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	39
Umwelt	39
EuG-Urteil: Begriff der Maßnahme „des Umweltrechts“ der Aarhus-Verordnung	39
Europäische Zentralbank gründet ein „Kompetenzzentrum für Klimaschutz“	39
Rat für Auswärtige Angelegenheiten nimmt Schlussfolgerungen zu Klima- und Energiediplomatie an	40
EuGH-Urteil zum Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen	40
Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Umweltauswirkungen von erneuerbaren Energien	41
Kommission startet Initiative neues „Europäisches Bauhaus“	41
EuGH-Urteil zu Klagebefugnis nach Aarhus-Übereinkommen in Verfahren mit Umweltauswirkung	42
Verbraucherschutz.....	42
EuGH-Urteil zum bargeldlosen Zahlen von Rundfunkbeiträgen	42
Kommission startet Initiative „Green Consumption Pledge“	43
Kommission verhängt Geldbußen für Online-PC-Spieleplattform und -verlage wegen Geoblocking-Praktiken.....	43
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Pestizide	44
Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben für Lebensmittel und Getränke	44
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	45
Tagung Agrarrat	45
Kommission veröffentlicht Liste potenzieller Öko-Regelungen.....	46
Kommission veröffentlicht Monitoringbericht über EU-Agrar- und Lebensmittelhandel	46



Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben für Lebensmittel und Getränke	47
Kommission startet öffentliche Konsultation zur EU-Waldstrategie nach 2020	47
Kommission startet Initiative „neues Europäisches Bauhaus“	48
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Pestizide	48
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse	49
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	50
Vorläufige Einigung über den Europäischen Sozialfonds Plus für die Jahre 2021 bis 2027	50
Kommission veröffentlicht Grünbuch zum Thema Altern	50
Europäisches Parlament fordert Recht auf Nichterreichbarkeit für Arbeitnehmer in Europa	51
Europäisches Parlament fordert angemessenen und erschwinglichen Wohnraum für alle	51
Europäisches Parlament fordert verbindliche Maßnahmen, um die neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen	51
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE.....	53
Dritter Coronavirus-Impfstoff erhält vorläufige EU-weite Zulassung	53
Kommission führt Genehmigungspflicht für Impfstoffexporte ein	53
Kommission veröffentlicht Leitlinien für Coronavirus-Impfzertifikate für medizinische Zwecke	53
Kommission legt Folgenabschätzung zur Einrichtung der neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen vor	54
Kommission kündigt dauerhaftes EU-Programm zur Abwehr biologischer Gefahren an	54
Vorschläge der Kommission zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen	55
EU-Sondergipfel zum Thema „Coronavirus“ am 21.01.2021	55
Rat nimmt Empfehlung für EU-weit einheitlichen Rahmen für Coronavirus-Tests an	56
Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Blut, Gewebe und Zellen	56
Kommission legt Mitteilung „Gemeinsam gegen COVID-19“ vor	57
Kommission veröffentlicht Empfehlungen zu Isolations- und Quarantäneregeln für COVID-19-Patienten, Kontaktpersonen und Reisende	57
Kommission legt Fahrplan zur Evaluierung der Patientenmobilitätsrichtlinie vor	58
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES.....	59
Beteiligung von Frauen in der digitalen Wirtschaft: Entschließung des Europäischen Parlaments	59
Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu Künstlicher Intelligenz im militärischen Kontext	59
Kommissionsinitiative für eine künftige Digitalsteuer	59



EDITORIAL



Staatsministerin Melanie Huml, MdL © Bayerische Staatskanzlei

Liebe europapolitisch Interessierte!

Ereignisreiche Tage liegen hinter uns:

Am 20. Januar wurde *Joe Biden* als neuer US-Präsident vereidigt. In einer Diskussion im Europäischen Parlament brachten die Abgeordneten, der Präsident des Europäischen Rates, *Charles Michel*, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, ihre Hoffnung auf einen Neustart für die transatlantischen Beziehungen zum Ausdruck.

Die Arbeit der EU-Institutionen ist nach wie vor sehr stark von der Bewältigung der Corona-Pandemie geprägt: angefangen von notwendigen Regeln zu Beschränkungen der Mobilität bis hin zur Diskussion über die Verfügbarkeit von Impfstoffen. Beim Thema Impfstoff geht es nicht nur um die Bekämpfung von Infektionen, sondern es geht um die Hoffnung von Millionen Menschen in Europa!

Am 26. Januar habe ich die Schwerpunkte meiner Tätigkeit im Bereich Europa und Internationales im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen des Bayerischen Landtags vorgestellt. Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung sowie den Zusammenhalt in Europa und weltweit sehe ich als zentrale Aufgaben, um die Herausforderungen der Pandemie und der Zeit danach zu bewältigen.

Dabei ist mir Bürgernähe sehr wichtig. Ganz konkret heißt das zum Beispiel, dass ich die bayerische Stiftung für den internationalen Jugendaustausch zügig gründen möchte und mich auf interessante Bürgerdialoge freue.

Auch mit wichtigen Partnern Bayerns will ich in engem Kontakt bleiben, und konnte bereits Gespräche mit dem tschechischen Außenminister, *Tomáš Petříček*, der österreichischen Bundesministerin für EU und Verfassung, *Karoline Edtstadler*, und einer Reihe anderer wichtiger Partner führen, so zum Beispiel mit der amerikanischen Generalkonsulin aus Anlass des Amtsantritts der neuen Administration in Washington.

In der nächsten Zeit brauchen wir Zuversicht, die Pandemie zu bewältigen, Zuverlässigkeit, wie wir miteinander umgehen, und einen festen Zusammenhalt, der uns für die Zukunft stark macht. So werden wir die großen Aufgaben stemmen. Gerne setze ich mich dafür ein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen nun eine spannende Lektüre der zweiten Ausgabe des Europaberichts im Jahr 2021.

Ihre Melanie Huml



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

PORTUGIESISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

EU-Sondergipfel zum Thema "Coronavirus" am 21.01.2021

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU haben am 21.01.2021 per Video-Sondergipfel zum gemeinsamen Kampf der EU gegen die Corona-Pandemie getagt.

Zur Eindämmung neuer Varianten des Coronavirus setzen die EU-Staaten auf strikere Beschränkungen bei Reisen. „Von allen nicht unbedingt notwendigen Reisen sollte dringend abgeraten werden, sowohl innerhalb eines Landes als auch grenzüberschreitend“, sagte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* im Anschluss an den Gipfel. Die Grenzen sollen aber grundsätzlich offen bleiben und der Warenverkehr möglichst reibungslos weiterlaufen. Gleiches gelte auch für die Berufspendler. Konkrete Vorschläge für mögliche Reisebeschränkungen (Freizügigkeit innerhalb der EU sowie Einreise aus Drittstaaten) und die Unterbindung „nicht notwendiger Reisen“ hat die Kommission am 25.01.2021 vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Der Vorschlag, dass Geimpfte über ein sog. „Impfzertifikat“ von Reisebeschränkungen ausgenommen werden, fand unter den Staats- und Regierungschefs der EU keine Mehrheit. Auf ein solches Instrument hatten vor allem Urlaubsländer wie Griechenland und Spanien gehofft. Deutschland war von Beginn an gegen den Vorschlag. Die Gipfelteilnehmer sprachen sich jedoch für die Vorbereitung eines EU-Impfpasses aus, wenngleich derzeit noch viele Fragen offen seien. Dazu gehören der Datenschutz, die Wahrung von Rechten von nicht-geimpften Personen und die Wirksamkeit der Schutzimpfung. Etwa die Frage, wie lange die Schutzwirkung tatsächlich anhält und ob geimpfte Personen trotzdem „Vektoren“ sein können.

Zu den in der EU nur langsam angelaufenen Impfungen sagte EU-Ratspräsident *Charles Michel*, die Staats- und Regierungschefs wollten unisono eine Beschleunigung. Es solle aber bei dem Prinzip bleiben, dass die Impfstoffe in der EU gleichzeitig und nach Bevölkerungsstärke verteilt werden. Beim Videogipfel gab es zudem vermehrt kritische Fragen der EU-Staatschefs zur Transparenz und zu Lieferplänen für die Impfstoffe.

Kommissionspräsidentin *von der Leyen* erläuterte im Anschluss an den Videogipfel, es solle künftig eine neue Risikostufe eingeführt und die bereits bestehende Corona-Ampel erweitert werden. Demnach soll für Regionen, in denen sich das Coronavirus sehr stark verbreitet hat, eine neue „dunkelrote“ Kategorie gelten. Von Personen, die künftig aus den dunkelroten Zonen verreisen wollen, könne vor der Abreise ein Test verlangt werden sowie Quarantäne nach der Ankunft (siehe Beitrag des StMI in diesem EB).

Zu Beginn der Videokonferenz sprach EU-Ratspräsident *Michel* die Verhaftung des russischen Oppositionellen *Alexej Nawalny* an. Sie werde von der EU scharf verurteilt. Auch in der Forderung, den Kremlkritiker sofort frei zu lassen, waren sich alle Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten einig. Laut EU-Diplomaten thematisierten neben Bundeskanzlerin *Angela Merkel* auch die Premierminister aus Finnland, Polen und den Niederlanden die Lage des Kremlkritikers. Die Vertreter aus Lettland, Estland und Litauen sprachen sich erneut



für Sanktionen gegen Russland aus. Das Europäische Parlament (EP) forderte im Vorfeld des EU-Sondergipfels, die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland deutlich zu verschärfen, u. a. etwa gegen Oligarchen und deren Familien. In einer Entschließung vom 21.01.2021 votierten sie zudem für einen Baustopp der Gas-Pipeline Nord Stream 2 (siehe Beitrag in dieser Rubrik zur Plenartagung des EP).

[Tagungsseite des Europäischen Rates vom 21.01.2021](#)

Außenminister rücken Klima und Energie in den Mittelpunkt ihrer diplomatischen Beratungen

Am 25.01.2021 tagte der Rat in der Formation Auswärtige Angelegenheiten zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten *Josep Borrell*. Während der Beratungen betonten die Minister die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Afrika und die zentrale Bedeutung des Jahres 2021 auf dem Weg zu einer erfolgreichen Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 26) 2021. Der Hohe Vertreter hob hervor, dass die Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen und die Gestaltung der Energiewende im Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik der EU stehe. Der Rat führte vor diesem Hintergrund auch eine Aussprache mit dem japanischen Außenminister *Toshimitsu Motegi*. Hier bekundeten Japan und die EU u. a. in den Bereichen Umwelt und Klimawandel ihr gemeinsames Interesse an einem Ausbau der Zusammenarbeit. Der Hohe Vertreter bekräftigte zudem das Interesse der EU an der Entwicklung eines eigenen Konzepts für die indopazifische Region. *Borrell* informierte die Minister des Weiteren auch über Russland und die Ereignisse im Zusammenhang mit der Inhaftierung von *Alexej Nawalny*. Der Rat verurteilte die jüngsten Massenverhaftungen und forderte Russland auf, *Nawalny* sowie alle Inhaftierten unverzüglich freizulassen. In diesem Zusammenhang informierte *Borrell* den Rat auch über seinen bevorstehenden Besuch in Moskau am 05.02.2021.

[Tagungsseite des Rates für Auswärtige Angelegenheiten vom 25.01.2021](#)

Europaminister wollen den gordischen Knoten zum Start der Konferenz zur Zukunft der EU lösen

Am 18.01.2021 tagte der Rat in der Formation Allgemeine Angelegenheiten. Neben der Vorstellung des portugiesischen EU-Präsidentschaftsprogramms stand im Wesentlichen die Vorbereitung des Sondergipfels des Europäischen Rates am 21.01.2021 zur COVID-19-Koordinierung und zur Impfstoffversorgung auf der Agenda. Darauf folgte ein Austausch über die Vorbereitungen zur Konferenz zur Zukunft der EU. Die Europaminister möchten alsbald möglich den gordischen Knoten mit dem Europäischen Parlament (EP) und auch mit der Kommission um den Vorsitz der Konferenz lösen. Bisher hatten sich die Verhandlungen an dieser Frage verhakt. Der Parlamentsvorschlag *Guy Verhofstadt* (Renew, Belgien) wird nicht vom Rat getragen, der Ratsvorschlag *Helle Thorning-Schmidt* (S&D, Dänemark) wiederum nicht vom EP.

[Tagungsseite des Rats für Allgemeinen Angelegenheiten vom 18.01.2021](#)



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 18.01.2021 – 21.01.2021

Die Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) begann einen Tag nach der Festnahme des russischen Oppositionellen *Alexej Nawalny*, dessen sofortige Freilassung das EP in einer Entschließung ebenso fordert wie einen umgehenden Baustopp für die Gaspipeline *Nord Stream 2* und weitere Sanktionen.

Am Tag der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten *Biden* (20.01.2021) gaben die Abgeordneten ebenso wie Kommissionspräsidentin *von der Leyen* ihrer Hoffnung auf einen Neustart der transatlantischen Beziehungen Ausdruck, diskutierten aber auch die politische Situation in den USA. EVP-Fraktionschef *Weber* sprach von einem „Tag der Hoffnung“, erklärte aber übereinstimmend mit vielen anderen Abgeordneten, die Gefahr des Populismus – wie er im Sturm auf das Kapitol zum Ausdruck gekommen sei – existiere auch in Europa.

Der portugiesische Premierminister *António Costa* stellte dem EP die Prioritäten der Ratspräsidentschaft vor, nämlich den Erfolg der Impfkampagne gegen COVID-19 und das Erreichen eines wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs auf der Grundlage des digitalen und klimatischen Wandels. Auch wird Portugal einen EU-Indien-Gipfel abhalten, bei dem es u. a. um Digitalisierung, Handel und pharmazeutische Produkte gehen soll.

Weitere wesentliche Inhalte bzw. Ergebnisse der Plenartagung:

- Eine breite Mehrheit der Abgeordneten forderte volle Transparenz in Bezug auf die Kaufverträge für Impfstoffe gegen COVID-19 und sprach sich weiter für einen gemeinschaftlichen Ansatz aus.
- Das Plenum hat die Verordnung für ein „Instrument für technische Unterstützung“ in Bezug auf die Aufbaupläne für Mittel der Aufbau- und Resilienzfähigkeit gebilligt. Der Rat muss noch zustimmen.
- Es wurde eine Durchsetzungsverordnung angenommen, womit die EU ihrerseits Gegenmaßnahmen bei Blockade von WTO-Schlichtungsverfahren ergreifen kann. Der Rat muss noch zustimmen.
- Das Plenum hat eine Entschließung verabschiedet, wonach die Liste der Steueroasen strenger und transparenter geführt werden müsse. Das derzeitige System sei „kaum wirksam“.
- Ein angenommener Initiativbericht fordert einen EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) mit ethischen Grundsätzen; KI müsse stets menschlicher Kontrolle unterliegen.
- Eine Gesetzgebungsinitiative des EP fordert eine Richtlinie, mit der den Arbeitnehmern ein Recht auf Nichterreichbarkeit eingeräumt wird, dies sei ein Grundrecht im Sinn von Art. 31 Grundrechte-Charta.
- Auch der Zugang zu angemessenem Wohnraum soll nach einer entsprechenden Initiative als Grundrecht anerkannt werden; die EU solle Mindestanforderungen für gesunde Wohnräume vorgeben.

[Pressemitteilungen des EP zu den Ergebnissen der Plenartagung](#)



INSTITUTIONELLES

Europäische Kommission I: Aus der Generaldirektion DEVCO wird die Generaldirektion INTPA

Zum 15.01.2021 wurde die Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DEVCO) in Internationale Partnerschaften (INTPA) umbenannt. Damit wird einerseits dem modernen Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit als Partnerschaften auf Augenhöhe Ausdruck verliehen und zum anderen spiegelt diese Bezeichnung das Portfolio und den Arbeitsauftrag („[Mission Letter](#)“) der Kommissarin *Jutta Urpilainen* deutlicher wieder. Zugleich wurden innerhalb der DG INTPA die [Strukturen und Zuständigkeiten](#), v. a. der Länderpartnerschaften (Afrika, Lateinamerika/Karibik/Übersee, Mittlerer Osten/Pazifik/Asien) sowie der Prioritäten der Kommission *von der Leyen* (Green Deal, Digitalisierung und Wirtschaft) neu zugeschnitten.

[Pressemitteilung der Kommission vom 15.01.2021: Aus DEVCO wird INTPA](#)

Europäische Kommission II: Aus der Stabsstelle UKTF wird die Stabsstelle UKS

Die „Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich“ (UKTF) hat mit dem erzielten Abkommen am 24.12.2020 ihren Auftrag erfüllt und wird daher zum 01.03.2021 aufgelöst. An ihre Stelle tritt eine neue Stabsstelle, die sich den zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich widmet: Der „Dienst für die Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich“ (kurz UKS). Dieser ist weiterhin Teil des Generalsekretariats der Kommission und untersteht direkt der Kommissionspräsidentin. Der bisherige Chefverhandler der EU und Leiter der UKTF, *Michel Barnier*, wird dem UKS nicht mehr vorstehen. Er wird bereits zum 01.02.2021 direkter Sonderberater der Kommissionspräsidentin in Fragen der Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich. Gleichzeitig wurde der für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau zuständige Kommissions-Vizepräsident *Maroš Šefčovič* zum Ko-Vorsitzenden des gemeinsamen Partnerschaftsrats EU – Vereinigtes Königreich berufen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 19.01.2021: Aus UKTF wird UKS](#)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Vereinigtes Königreich: Status des EU-Botschafters in London

Zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ist ein Streit über die diplomatische Einstufung des Leiters der EU-Delegation in London, *Joao Vale de Almeida*, entbrannt. Anders als in allen anderen 143 Staaten, in denen die EU Delegationen unterhält, soll er nach dem Willen der britischen Regierung keinen Botschafter-Status, sondern nur denjenigen eines Gesandten einer internationalen Organisation erhalten. Das hätte Konsequenzen nicht nur für Einladungen und Sitzordnungen, sondern auch für die strafrechtliche Immunität, die man nur mit vollem Diplomatenstatus genießt. Die Entscheidung sorgt nicht nur in Brüssel, sondern auch bei Abgeordneten der *Tories* für Unmut.



Im Gegenzug hat die EU ein für den 28.01.2021 geplantes Treffen zwischen dem Leiter des Büros von Ratspräsident *Michel* und dem britischen Gesandten bei der EU, *Lindsay Croisdale-Appleby*, auf unbestimmte Zeit verschoben.

[Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#)

MEDIEN

EuGH erlaubt Beschränkung der Barzahlung für Rundfunkbeitrag – Ball liegt jetzt beim BVerwG

Mit Urteil vom 26.01.2021 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Vorlage des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) entschieden, dass der Status des Euro als unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel einen Mitgliedstaat nicht daran hindere, aus Gründen des öffentlichen Interesses – wie z. B. der Vermeidung hoher Verwaltungskosten – die Barzahlung in Einzelfällen zu untersagen. Im konkreten Fall geht es um die Satzung des Hessischen Rundfunks, die – ebenso wie diejenige des Bayerischen Rundfunks – eine Barzahlung des Rundfunkbeitrags ausschließt, was nach dem Urteil grundsätzlich unionsrechtskonform ist, solange es Ausnahmen für Personen gibt, denen eine Überweisung nicht möglich ist. Allerdings gilt all dies nur, wenn das laut BVerwG in § 14 Abs. 1 S. 2 Bundesbankgesetz postulierte Verbot für die öffentliche Hand, die Barzahlung auszuschließen, wegen Eingriffs in die ausschließliche Zuständigkeit der Währungscompetenz der EU nichtig ist. Ob das der Fall ist – oder ob diese Vorschrift als „Organisation der öffentlichen Verwaltung“ stehenbleiben kann – muss nun das BVerwG anhand einer Auslegung des Regelungszwecks der Vorschrift entscheiden.

[Pressemitteilung des EuGH](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Vorschläge der Kommission zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen

Einer entsprechenden Ankündigung anlässlich des Video-Sondergipfels der EU-Staats- und Regierungschefs am 21.01.2021 folgend, legte die Kommission am 25.01.2021 Vorschläge zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen vor, um Grenzsicherungen zu vermeiden, die zuvor medial angesichts der Virusmutationen vereinzelt nicht ausgeschlossen worden waren.

1. Einreise aus Drittstaaten

In Bezug auf die Ratsempfehlung zur vorübergehenden Beschränkung nicht notwendiger Reisen aus Drittstaaten in die EU vom 30.06.2020 (EB 12/2020) – hinsichtlich der sog. Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten zuletzt aktualisiert am 28.01.2021 (siehe hierzu gesonderter Beitrag in diesem EB) – schlägt die Kommission vor, neben Fallmeldungsrate, Testrate und Testpositivitätsrate auch die Verbreitung bedenklicher Virusvarianten als relevantes Kriterium für eine etwaige Aufhebung des EU-Einreisestopps einzuführen. Außerdem sollten Mitgliedstaaten von allen Reisenden verlangen, frühestens 72 Std. vor der Abreise einen negativen PCR-Test durchzuführen und einen entsprechenden Nachweis vorzulegen.

2. Freizügigkeit innerhalb der EU

In Bezug auf die Ratsempfehlung vom 13.10.2020 zum koordinierten Vorgehen innerhalb der EU, die eine EU-weite Corona-Ampel etabliert hat (EB 17/2020), schlägt die Kommission eine neue Kategorie „dunkelrot“ für Gebiete mit einer 14-Tage-Inzidenz von über 500 vor. Hier soll dann grundsätzlich kumulativ eine Testpflicht vor Ankunft und eine Quarantänepflicht nach Ankunft gelten. Ausnahmen solle es für das Transportwesen und Personen in Grenzregionen geben.

Die Vorschläge der Kommission werden nun ratsseitig verhandelt. Im Falle ihrer Annahme durch den Rat sind die Empfehlungen rechtlich nicht verbindlich.

Zur Einreise aus Drittstaaten:

[Pressemitteilung der Kommission vom 25.01.2020](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Überarbeitung der Ratsempfehlung 2020/912](#) (in englischer Sprache)

Zur Freizügigkeit innerhalb der EU:

[Pressemitteilung der Kommission vom 25.01.2021](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Überarbeitung der Ratsempfehlung 2020/1475](#) (in englischer Sprache)



Japan nicht mehr auf Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten

Im Rahmen einer turnusmäßigen Überprüfung der sog. Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten – wesentlicher Bestandteil der Ratsempfehlung vom 30.06.2020 zur vorübergehenden Beschränkung nicht notwendiger Reisen aus Drittstaaten in die EU (EB 12/2020) – wurde Japan mit Ratsentscheidung vom 28.01.2021 von der Liste gestrichen. Ohne weiteres einreiseberechtigt sollen daher nur noch die Drittstaaten Australien, Neuseeland, Ruanda, Singapur, Südkorea, Thailand und – vorbehaltlich der Zusicherung der Gegenseitigkeit – China sowie die Sonderverwaltungszone Hongkong und Macau sein.

[Pressemitteilung des Rates vom 28.01.2021](#)

SCHENGEN

Kommission startet Konsultation zur künftigen Schengen-Strategie

Das erste Schengen-Forum am 30.11.2020 bildete den Auftakt der Vorbereitung einer neuen Schengen-Strategie, die im Mai 2021 vorgelegt werden soll (EB 20/2020). Hierzu hat die Kommission nun eine EU-Konsultation eingeleitet. Interessensträger können bis 16.03.2021 Beiträge einreichen, um die Zukunft des Schengen-Raums mitzugestalten. Die neue Schengen-Strategie soll sowohl eine Revision des Schengener Grenzkodex als auch eine Überarbeitung des Schengen-Evaluierungsmechanismus beinhalten.

[Zur Konsultation](#)

FRONTEX

Abschließende Untersuchung illegaler Pushback-Vorwürfe bis Ende Februar 2021

Nach den Vorwürfen der Beteiligung von Frontex an illegalen Pushbacks und der daraufhin veranlassten internen Untersuchung durch eine Untersuchungskommission (EB 18/2020) nahm der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 20./21.01.2021 den vorläufigen Bericht zur Kenntnis. Danach bedürften fünf der 13 untersuchten Vorfälle noch weiterer Untersuchungen und Klarstellungen. Bei den acht abgeschlossenen Vorfällen konnten auf Grundlage der zur Verfügung gestellten Informationen keine Hinweise auf Grundrechtsverletzungen festgestellt werden. Gleichzeitig brachte der Verwaltungsrat seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass es die Agentur versäumt habe, rechtzeitig Informationen zu drei Vorfällen zu liefern. Fehlende Informationen seien durch den Exekutivdirektor unverzüglich nachzureichen. Ein Abschlussbericht über alle Vorfälle solle von der Untersuchungskommission bis 26.02.2021 vorgelegt werden.

[Pressemitteilung zu den Schlussfolgerungen der Verwaltungsratssitzung vom 20. / 21.01.2021](#) (in englischer Sprache)



WAHLEN

Kommission startet Konsultation zur Transparenz politischer Werbung

Am 25.01.2021 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation zum geplanten Legislativvorschlag für mehr Transparenz in der politischen Werbung. Die Initiative war im Europäischen Aktionsplan für Demokratie vom Dezember 2020 angekündigt worden. Interessensträger können bis 02.04.2021 Beiträge einreichen zu den Themen

- Politische Werbung und damit verbundene Dienste,
- Regeln für politische Werbung,
- Wahlen zum Europäischen Parlament,
- Transparenzanforderungen sowie
- Zielgruppenansprache und Verstärkung.

Mit einem entsprechenden Verordnungsvorschlag der Kommission ist im dritten Quartal 2021 zu rechnen. Ergänzt wird die Initiative durch eine überarbeitete Verordnung über die Satzung und Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen (ebenfalls geplant für das dritte Quartal 2021).

[Zur Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

VERKEHRSMINFRASTRUKTUR

Europäisches Parlament fasst EntschlieÙung zur Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien

Am 20.01.2021 hat das Europäische Parlament (EP) eine EntschlieÙung zur Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) gefasst. Ziel ist es, das TEN-V-Kernnetz bis 2030 und das TEN-V-Gesamtnetz bis 2050 zu vollenden. Das EP hebt hervor, dass die anstehende Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien durch die Kommission Hand in Hand mit der angekündigten Überarbeitung der Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, der TEN-Energie-Verordnung und der Verordnung zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr gehen müsse. Gleichzeitig wird der Beschluss des Europäischen Rates, Haushaltskürzungen bei Programmen wie der „Connecting Europe Facility“ (CEF) und „InvestEU“ vorzunehmen, zutiefst bedauert. Daneben wird darauf hingewiesen, dass die Qualität der Straßeninfrastruktur im Rahmen des TEN-V-Netzes in der gesamten EU verbessert werden müsse. Zudem solle die Entwicklung der Binnenwasserstraßen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität gefördert werden. Die Kommission plant, im dritten Quartal 2021 ihren legislativen Vorschlag zur Überarbeitung der TEN-V-Leitlinien vorzulegen.

[EntschlieÙung des EP](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission legt siebten Fortschrittsbericht zur Entwicklung des Eisenbahnmarktes vor

Am 13.01.2021 hat die Kommission ihren siebten Fortschrittsbericht zur Entwicklung des Eisenbahnmarktes in der EU vorgelegt. Die Informationen sollen auch bei der Gestaltung des Europäischen Jahres der Schiene 2021 helfen (EB 20/20). Der Bericht beleuchtet Themen, wie das Wachstum des Eisenbahnmarktes, die Verfügbarkeit von Infrastruktur und Dienstleistungen, den Zustand des Netzes sowie Engpässe und Hindernisse für Eisenbahndienste. Im Rahmen des Eisenbahnpakets wurde eine Rechtsgrundlage für die Berichterstattung und Datenharmonisierung geschaffen. Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat alle zwei Jahre Bericht über die Entwicklung des Eisenbahnmarktes.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Siebter Fortschrittsbericht](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr an

Am 25.01.2021 hat der Rat die Einigung mit dem Europäischen Parlament (EP) vom 21.10.2020 zur Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr formal angenommen (EB 18/20). Bereits am 01.10.2020 erzielten Rat und EP hierzu eine politische Einigung (EB 16/20). Ziel der Überarbeitung ist es, eine



einheitliche Anwendung eines Mindestschutzniveaus in der EU zu Fahrgastrechten im Eisenbahnverkehr sicherzustellen. Die Kommission ermutigt die Eisenbahnunternehmen, strengere Vorschriften einzuführen. Der Rechtsakt muss nun vom EP formal angenommen werden, bevor dieser im EU-Amtsblatt veröffentlicht wird und 20 Tage später in Kraft tritt. Zwei Jahre danach kommen die neuen Regeln zur Anwendung, mit Ausnahme der Vorschriften für Fahrradstellplätze, die vier Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung angewandt werden (siehe weiteren Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Volltext](#) (in englischer Sprache)

[Begründung des Rates](#) (in englischer Sprache)

LUFTVERKEHR

Rat erteilt Verhandlungsmandat zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen

Am 27.01.2021 hat der Rat ein Mandat für die Verhandlung mit dem Europäischen Parlament (EP) zur Zeitnischenregelung auf Flughäfen erteilt. Bereits am 16.12.2020 hatte die Kommission einen neuen Vorschlag hierzu vorgelegt (EB 01/21). Während die Fluggesellschaften normalerweise 80 % der zugeteilten Zeitnischen für Starts und Landungen bedienen müssen, um diese für das folgende Jahr behalten zu dürfen („use it or lose it“-Regel), soll dieser Schwellenwert auf 50 % gesenkt werden. Die Kommission hatte eine Senkung von 40 % vorgeschlagen. Der Rat möchte die Kommission befugen, ein Jahr lang delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die Mindestauslastungsquote in einem Spielraum von 30 - 70 % den Schwankungen im Flugverkehrsaufkommen anpassen zu können. Damit soll ein effizienter und gleichzeitig wettbewerbsorientierter Luftverkehr für die Sommersaison 2021 sichergestellt werden. Bis zum 27.03.2021 hat die Kommission die Zeitnischenregelung auf Flughäfen aufgrund des Rückgangs im Luftverkehr durch die COVID-19-Pandemie ausgesetzt (EB 17/20). Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft möchte zeitnah eine Einigung mit dem EP erzielen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Verhandlungsmandat des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag der Kommission](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission führt Befragung zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer durch

Bis zum 18.02.2021 führt die Kommission eine Befragung zum Fahrplan zur möglichen Überarbeitung der Verordnung (EU) 2020/1054 zu den Lenk- und Ruhezeiten für Kraftomnibusfahrer durch. Die aktuellen EU-Vorschriften gelten für Lkw-Fahrer und Kraftomnibusfahrer gleichermaßen. Aufgrund der besonderen Anforderungen der Personenbeförderung möchte die Initiative den Bedürfnissen von Kraftomnibusfahrern bei



der Gestaltung der Arbeitszeiten stärker Rechnung tragen. Eine öffentliche Konsultation soll im zweiten Quartal 2021 folgen. Eine Annahme durch die Kommission ist für viertes Quartal 2021 geplant.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2020/1054 zu den Lenk- und Ruhezeiten](#)

Kommission führt Konsultation zur Fahrzeugsicherheit durch

Bis zum 11.02.2021 führt die Kommission eine Konsultation zur Fahrzeugsicherheit durch. Nach der Verordnung(EU) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen müssen bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen alle neuen Modelle ab Juli 2022 und alle bestehenden Modelle ab Juli 2024 mit Notfall-Spurhalteassistenten ausgestattet sein. Diese sollen den Fahrern helfen, innerhalb der Spur- oder Straßenbegrenzung sicher zu fahren und Unfälle zu vermeiden. Mit dem vorliegenden Entwurf der Durchführungsverordnung sollen die Anforderungen und Tests für die Zulassung von Fahrzeugen festgelegt werden. Eine Annahme durch die Kommission ist für viertes Quartal 2021 geplant (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/2144 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen](#)

Kommission führt Konsultation zum Zugang zu Fahrzeuginformationen durch

Bis zum 04.02.2021 führt die Kommission eine Konsultation zum Zugang zu Fahrzeuginformationen durch. Mit dem vorliegenden Entwurf einer delegierten Verordnung soll der Anhang X der Verordnung (EU) 2018/858 hinsichtlich der Normen für den Zugang zu Fahrzeuginformationen, wie dem „On-Board“-Fahrzeugdiagnosesystem (OBD) sowie den Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen geändert werden. Zudem enthält der Entwurf spezifische technische Anforderungen für den Zugang zu Fahrzeugsicherheitsmerkmalen (SERMI-System). Eine Annahme durch die Kommission ist für viertes Quartal 2021 geplant (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/858 über die Genehmigung von Kraftfahrzeugen](#)

BAUEN UND WOHNEN

Kommission startet Initiative neues „Europäisches Bauhaus“

Am 18.01.2021 hat die Kommission die Initiative neues „Europäisches Bauhaus“ gestartet (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMWK in diesem EB). Diese wurde am 16.09.2020 von EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* in ihrer Grundsatzrede zur Lage der Union angekündigt (EB 15/20) und am 14.10.2020 im Rahmen der Veröffentlichung der Strategie der Kommission für eine „Renovierungswelle“ vorgestellt



(EB 17/20). Die Initiative versteht sich als interdisziplinäre Denkfabrik und verfolgt das Ziel, einen breiten gesellschaftlichen Dialog anzustoßen, wie sich Nachhaltigkeit und Design im Gebäudebereich bei der Umsetzung des Europäischen „Green Deals“ vereinbaren lassen. Die zentralen Werte des neuen „Europäischen Bauhauses“ sind Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion.

Das Projekt gliedert sich in drei Phasen: In der ersten „Gestaltungsphase“ sollen in einem partizipativen Prozess die Grundlagen für ein neues „Europäisches Bauhaus“ erarbeitet werden. Die Kommission hat für das Frühjahr 2021 den „Preis zum neuen Europäischen Bauhaus“ für bestehende Vorzeigeprojekte ausgeschrieben. In der zweiten „Umsetzungsphase“ wird im Herbst 2021 eine Ausschreibung für fünf „Gründerbauhäuser“ gestartet, die auf nationaler und regionaler Ebene mit EU-Mitteln umgesetzt werden sollen. Die Kreativitätsinitiative soll helfen, Grenzen zwischen Technologie, Kunst, Kultur und sozialer Inklusion zu überwinden, um mithilfe von Design Lösungen für Alltagsprobleme zu finden. Die dritte „Erweiterungsphase“ soll zur Verbreitung der Ideen und Konzepte des neuen „Europäischen Bauhauses“ in der EU und auf internationaler Ebene dienen.

Auf der offiziellen Homepage der Kommission zum neuen „Europäischen Bauhaus“ können Künstler, Designer, Ingenieure, Wissenschaftler, Unternehmer, Architekten, Studierende und alle Interessierten ihre Ideen bei der Gestaltung dieser Initiative einbringen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des neuen „Europäischen Bauhauses“](#) (in englischer Sprache)

[Faktenblatt zum neuen „Europäischen Bauhaus“](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für November 2020 in der EU

Am 19.01.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für November 2020 in der EU veröffentlicht (EB 20/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber November 2019 um -1,1 %. Die Bautätigkeit sank im Tiefbau um -0,2 % und im Hochbau um -1,2 %. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Slowenien (+18,4 %), Rumänien (+9,3 %) und Ungarn (+5,1 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Spanien (-13,1 %), Belgien (-9,3 %) und der Slowakei (-8,8 %). In Deutschland stieg die Produktion im Baugewerbe um +3,0 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im dritten Quartal 2020 in der EU

Am 14.01.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das dritte Quartal 2020 veröffentlicht (EB 18/20). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem dritten Quartal 2019 um +5,2 %. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Luxemburg (+13,6 %), Polen (+10,9 %) und Österreich (+8,9 %), während diese in Zypern (-1,4 %) und Irland (-0,8 %) sanken. In Deutschland stiegen die Hauspreise um +7,8 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Initiativbericht über Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten in der Lieferkette im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments angenommen

Am 27.01.2021 stimmte der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments (JURI) für einen legislativen Initiativbericht (2020/2129(INL)) von MdEP *Lara Walters* (S&D/NLD) über Sorgfalts- und Rechenschaftspflichten in der Lieferkette (21 Stimmen dafür, eine Stimme dagegen und eine Enthaltung). Unternehmen sollen verpflichtet werden, negativen Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt in ihrer gesamten Lieferkette zu bewerten und zu veröffentlichen. Zudem müssen Unternehmen Maßnahmen ergreifen, solche negativen Auswirkungen zu unterbinden. Diese Regeln sollen für alle großen Unternehmen und alle börsennotierten oder risikoreichen kleinen und mittleren Unternehmen gelten, die im EU-Binnenmarkt tätig sind. Der Bericht sieht auch eine zivilrechtliche Haftung und weitere Sanktionsmöglichkeiten vor. Zudem fordern die Abgeordneten ein Einfuhrverbot für Waren, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen wie Zwangs- oder Kinderarbeit in Verbindung stehen. Der Bericht muss noch vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt werden. Derzeit läuft noch bis 08.02.2021 eine öffentliche Konsultation zur nachhaltigen Unternehmensführung. Die Kommission plant, im zweiten Quartal 2021 einen Richtlinienvorschlag hierzu vorzulegen (siehe EB 18/20).

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 27.01.2021](#) (in englischer Sprache)

Initiativbericht des Europäischen Parlaments zum Europäischen Haftbefehl

Am 20.01.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments einen Initiativbericht (2019/2207(INI)) über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl (EUHb) und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten an. Die Abgeordneten unterstrichen, dass es sich beim EUHb generell um eine positiv zu bewertende Errungenschaft handelt, insbesondere da das Instrument die Dauer der Überstellungsverfahren wesentlich verkürzt. Der Bericht fordert aber auch eine Erweiterung der Liste der 32 Straftaten, für die keine Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit erforderlich ist. Erfasst werden sollen u. a. auch Umweltstraftaten, Hassverbrechen, geschlechtsspezifischer Gewalt und Straftaten gegen die verfassungsmäßige Integrität der Mitgliedstaaten. Der Bericht äußert zudem Bedenken angesichts der in bestimmten Mitgliedstaaten herrschenden Haftbedingungen. Die Kommission wird aufgefordert, die Möglichkeit ergänzender Maßnahmen zum Verfahrensrecht zu prüfen, beispielsweise zu den Haftbedingungen in der Untersuchungshaft. Bereits im Juli 2020 hatte die Kommission einen Bericht veröffentlicht, in dem die Handhabung des EUHb bewertet wird (EB 12/20). Am 01.12.2020 hatte der Rat Schlussfolgerungen zum EUHb angenommen (EB 20/20).

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 20.01.2020](#) (in englischer Sprache)

[Zum Initiativbericht des Europäischen Parlaments](#)



Debatte im Plenum des Europäischen Parlaments über mangelnde Transparenz bei der Ernennung der Europäischen Staatsanwälte

Im Plenum des Europäischen Parlaments gab es am Abend des 20.01.2021 eine Debatte über mangelnde Transparenz bei der Ernennung der Europäischen Staatsanwälte. Bei insgesamt drei Mitgliedstaaten – Portugal, Belgien und Bulgarien – ist der Rat nicht den Empfehlungen des Auswahlausschusses gefolgt. Diese sind für den Rat grundsätzlich auch nicht bindend. Im Fokus der Debatte stand die Ernennung des Europäischen Staatsanwalts aus Portugal. Der Rat hatte gemäß dem Wunsch Portugals einen Kandidaten ernannt, der vom Auswahlausschuss nicht auf den ersten Platz in der Rangfolge gesetzt worden war. In dem damaligen Begründungsschreiben Portugals waren jedoch zwei Unrichtigkeiten enthalten. Die Mehrheit der wortnehmenden Abgeordneten kritisierten die mangelnde Transparenz und die Einmischung der Regierungen. Portugiesische Abgeordnete der S&D-Fraktion hingegen sprachen von einer Desinformationskampagne, die darauf abziele, die portugiesische Ratspräsidentschaft zu schwächen. Die portugiesische Staatssekretärin *Ana Pauls Zacarias* erläuterte, dass es keine politische Einmischung in das Ernennungsverfahren gegeben habe. Vielmehr sei das „Ranking“ des Auswahlausschusses nicht mit einem auf nationaler Ebene vorgenommenen Einstufung eines hochrangigen Auswahlgremiums im Einklang gestanden. Portugal habe daher gegenüber dem Rat begründet, warum man vom Votum des Auswahlausschusses abweichen wolle. Die Unrichtigkeiten in dem Begründungsschreiben hätten auf die Entscheidung selbst keinen Einfluss gehabt.

[Webstream der Aussprache im Plenum am 20.01.2021](#)

Rat nimmt Verordnung über Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr an

Am 25.01.2021 nahm der Rat die Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr an. Am 01.10.2020 hatten der Vorsitz des Rates und das Europäische Parlament (EP) dazu eine politische Einigung erzielt. Ziel der Überarbeitung ist es, eine einheitliche Anwendung eines Mindestschutzniveaus in der EU zu Fahrgastrechten im Eisenbahnverkehr sicherzustellen. Die Reform sieht Verbesserungen für Bahnreisende mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität vor. Auch soll es künftig leichter werden, Fahrräder im Zug mitzunehmen. Nach den neuen Regelungen müssen Eisenbahnunternehmen bei höherer Gewalt – wie beispielsweise extreme Wetterbedingungen oder einer Pandemie – keine Entschädigung mehr für Verspätungen oder Ausfälle zahlen. Zudem werden Eisenbahnunternehmen verpflichtet, sog. Durchgangsfahrkarten auf von ihnen betriebenen Strecken anzubieten. Es steht nun noch die Annahme des Rechtstextes durch das EP aus, bevor die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden kann (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats vom 25.01.2021](#)

[Bewertung der politischen Einigung durch die Verbraucherzentrale Bundesverband \(vzbv\)](#)



Verwaltungsdirektor für die Europäische Staatsanwaltschaft ernannt

Am 20.01.2020 ernannte das Kollegium der Europäischen Staatsanwälte *Olivier Ramsayer* zum ersten Verwaltungsdirektor der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa). Der Verwaltungsdirektor ist der gesetzliche Vertreter der EUSTa für Verwaltungs- und Haushaltszwecke und führt den Haushaltsplan der EUSTa aus. Zuvor war *Richard Sonnenschein* Verwaltungsdirektor ad interim.

[Pressemitteilung der EUSTa vom 21.01.2021](#) (in englischer Sprache)

Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft und Europol

Am 11.01.2021 bzw. 18.01.2021 unterzeichneten Europol-Exekutivdirektorin *Catherine De Bolle* und Generalstaatsanwältin *Laura Kövesi* eine Arbeitsvereinbarung zwischen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) und Europol. Ende 2020 hatten das Kollegium der EUSTa und der Verwaltungsrat von Europol die Arbeitsvereinbarung genehmigt. Diese legt die Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit fokussiert sich auf den Austausch von Informationen, erfasst aber auch die gemeinsame Teilnahme an Schulungsmaßnahmen sowie Beratung und Unterstützung bei einzelnen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

[Pressemitteilung der EUSTa vom 21.01.2021](#)

[Pressemitteilung von Europol vom 21.01.2021](#)

[Zur Arbeitsvereinbarung](#)

Kommission leitet nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren zum Schutz der Unabhängigkeit polnischer Richter ein

Am 27.01.2021 beschloss die Kommission, Polen eine ergänzende, mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln, weil die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts nach wie vor tätig ist.

Am 03.12.2020 hatte die Kommission ein ergänzendes Aufforderungsschreiben an Polen gerichtet, mit dem sie einen neuen Beschwerdepunkt in das am 29.04.2020 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren einbezog. Die Erweiterung betraf die Tätigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs in Polen, deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit aus Sicht der Kommission nicht gewährleistet ist. Obwohl der EuGH am 08.04.2020 eine einstweilige Verfügung zur Aussetzung der Tätigkeit der Disziplinarkammer erlassen hatte, trifft sie weiterhin Entscheidungen (siehe zuletzt EB 20/20). Polen hat nun einen Monat Zeit zu antworten und die für die Einhaltung des EU-Rechts erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Andernfalls kann die Kommission den EuGH anrufen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Kommission startet Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“

Am 18.01.2021 haben die Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, *Mariya Gabriel*, und die Kommissarin für Kohäsion und Reformen, *Elisa Ferreira*, den offiziellen Startschuss für die Initiative des „Neuen Europäischen Bauhauses“ gegeben (siehe hierzu weiteren Beitrag des StMB in diesem EB).

Das Vorhaben, das erstmals von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der Union am 16.09.2020 angekündigt wurde, versteht sich als eine interdisziplinäre Denkfabrik, in der neuartige Konzepte, Ideen und Lösungen entwickelt werden sollen, wie der Green Deal der Kommission baulich und technisch in nachhaltiger Weise umgesetzt werden kann. Es soll verstanden werden als Brücke zwischen der Welt der Kunst und Kultur und der Welt der Wissenschaft und Technik. Im Sinne des ausdrücklich betonten inklusiven Ansatzes sind alle Interessierten, insbesondere Kunstschaffende, Designer, Ingenieure, Wissenschaftler, Unternehmer, Architekten, Studierende, Hochschulen und Innovatoren, eingeladen, sich mit Ideen einzubringen. Hierfür ist ab sofort die Webseite des Projekts (<https://europa.eu/new-european-bauhaus>) freigeschaltet.

In der jetzigen Gestaltungsphase, in der die Grundlagen partizipativ erarbeitet werden, sollen zehn Preise, dotiert mit je 30.000 €, für bereits bestehende Vorzeigeprojekte vergeben werden. In der zweiten (Umsetzungs-)Phase sollen ab September 2021 fünf „Gründerbauhäuser“ ausgeschrieben werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des Neuen Europäischen Bauhauses](#) (in englischer Sprache):

Erasmus+-App gestartet

Am 28.01.2021 hat die Kommission den offiziellen Startschuss für die Erasmus+-App gegeben. Die App soll sicherstellen, dass Lernende in ganz Europa einfach auf Informationen zu den Mobilitätsangeboten des Programms Erasmus+ zugreifen können. Sie soll auch umfangreiche Unterstützung für die Teilnehmenden während der gesamten Dauer der Mobilitätsmaßnahme bieten.

Die erste Version der neuen App kann ab sofort über Google Play und den Apple-App-Store heruntergeladen werden.

[Informationen der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der App](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Rat für Wirtschaft und Finanzen, 19.01.2021: Prioritäten der portugiesischen Ratspräsidentschaft, Umsetzung des EU-Wiederaufbaufonds und notleidende Kredite

Im Anschluss an die Euro-Gruppe am 18.01.2021 (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) berieten sich am 19.01. die 27 Finanz- und Wirtschaftsminister im Format des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), erstmals unter portugiesischem Vorsitz und pandemiebedingt wieder als informelle Videokonferenz. Der portugiesische Finanzminister *João Leão* stellte die [Prioritäten der Ratspräsidentschaft](#) für Wirtschaft und Finanzen von Januar bis Juni 2021 (EB 01/21) vor. Weiter tauschte sich der ECOFIN – wie zuvor schon die Euro-Gruppe – zur Umsetzung der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) (ARF) des EU-Wiederaufbaufonds aus. Das Europäische Parlament dürfte im Februar über die Verordnung zur ARF-Einrichtung abstimmen, bevor der Rat sie endgültig verabschiedet. Die ARF wird daher voraussichtlich in der zweiten Februarhälfte in Kraft treten. Danach und bis zum 30.04. können die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne offiziell einreichen. Zum Abbau notleidender Kredite stellte die Kommission ihren [Aktionsplan](#) vom 16.12.2020 vor. Als notleidend bezeichnet sie Bankdarlehen, die mehr als 90 Tage fällig sind oder die ohne Sicherheitenveräußerung wahrscheinlich nicht vollständig zurückgezahlt werden. Wegen der Pandemie werde die Zahl der Darlehen, die nicht mehr bedient werden können, zunehmen. Die Vorschläge würden darauf abzielen, Risiken besser zu managen und ausfallgefährdete Kredite aus den Bankbilanzen zu bekommen.

[Wichtigste Ergebnisse der informellen ECOFIN-Tagung am 19.01.2021](#)

[Anmerkungen von Kommissionsvizepräsident *Valdis Dombrovskis* nach der informellen ECOFIN-Tagung vom 19.01.2021](#) (in englischer Sprache)

Jährliche Inflation im Euroraum: Im Dezember 2020 unverändert bei -0,3 %

Wie das statistische Amt der EU, Eurostat, am 20.01.2021 bestätigte, betrug die jährliche Inflationsrate im Euroraum im Dezember 2020 zum vierten Mal in Folge -0,3 %. Ein Jahr zuvor hatte sie bei 1,6 % gelegen. Das mittelfristige Preisziel von knapp 2 %, das die Europäische Zentralbank für den Euroraum mit seinen 19 Mitgliedstaaten mittelfristig anstrebt, wurde somit erneut verfehlt. Im Dezember trugen Dienstleistungen laut Eurostat am meisten zur jährlichen Inflation im Euroraum bei: +0,30 Prozentpunkte (Pp.). Dann folgten Lebensmittel, Alkohol und Tabak (+0,25 Pp.), Industriegüter ohne Energie (-0,14 Pp.) und Energie (-0,68 Pp.). Gerade die stark fallenden Energiepreise seien entscheidend für den Preisrückgang im Jahresvergleich. Dagegen habe die Kernrate der Inflation – d. h. ohne Energie, Lebens- und Genussmittel – im Dezember unverändert bei 0,2 % gelegen. Seit September 2020 stiegen die Kernverbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr jeweils mit diesem Tempo. In Deutschland betrug die jährliche Inflationsrate laut Eurostat im Dezember -0,7 % und die monatliche 0,6 %, nach -0,7 % für beide Werte im November 2020. Die niedrigste jährliche Inflation hatten Griechenland (-2,4 %), Slowenien (-1,2 %) und Irland (-1,0 %), die höchste Polen



(3,4 %), Ungarn (2,8 %) und Tschechien (2,4 %). Gegenüber November ging die jährliche Rate im Dezember laut Eurostat in neun EU-Staaten zurück, blieb in acht unverändert und stieg in zehn an.

[Pressemitteilung von Eurostat zur jährlichen Inflation im Dezember 2020 vom 20.01.2021](#)

EU-HAUSHALT

Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission emittiert erste SURE-Sozialanleihe im Jahr 2021

Am 27.01.2021 gab die Kommission [namens der EU](#) im Rahmen des Kreditprogramms zur Finanzierung von Kurzarbeit (*Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency*, [SURE](#)) erstmals im laufenden Jahr sog. [Sozialanleihen](#) aus – in Höhe von 14 Mrd. €. Diese insgesamt vierte SURE-Emission umfasste [zwei Anleihen mit unterschiedlichen Laufzeiten](#): 10 Mrd. € werden im Juni 2028 und 4 Mrd. € im November 2050 zur Rückzahlung fällig. Die Nachfrage der Investoren war laut Kommission erneut hoch, so dass sehr gute Kurskonditionen erzielt worden seien. So sei die Anleihe mit siebenjähriger Laufzeit mit einer Rendite von - 0,497 % bewertet worden und die Anleihe mit 30-jähriger Laufzeit mit 0,134 %. Diese Konditionen gebe die Kommission über sog. Back-to-Back-Darlehen direkt an die Mitgliedstaaten weiter. Aus den ersten drei SURE-Emissionen zwischen Ende Oktober und Ende November 2020 hatten 15 Mitgliedstaaten bereits [Darlehen über fast 40 Mrd. €](#) erhalten (EB 20/20). Die SURE-Darlehen sollen ihnen dabei helfen, die Kosten zu decken, die unmittelbar mit der Finanzierung nationaler Kurzarbeitsregelungen und ähnlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie verbunden sind. Für das aktuelle Jahr plant die Kommission, weitere 35 Mrd. € durch die Ausgabe von EU-SURE-Anleihen am Kapitalmarkt aufzunehmen und außerdem mit der Kreditaufnahme für den 750-Mrd.-€-schweren EU-Wiederaufbaufonds zu beginnen (EB 01/21).

[Pressemitteilung der Kommission vom 27.01.2021](#)

[Website der Kommission zur EU als Kreditnehmer](#) (in englischer Sprache)

EU-Wiederaufbaufonds: Kommission aktualisiert Leitlinien für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne

Nach der politischen Einigung über die [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) (EB 01/21) – des Kerninstruments des [EU-Wiederaufbaufonds](#) – vom Dezember gab die Kommission am 25.01.2021 ihre überarbeiteten [Leitlinien](#) zu Zielen und Modalitäten der Fazilität heraus. Ihre erste Handreichung hierzu hatte sie bereits am 17.09.2020 im Rahmen der jährlichen Wachstumsstrategie vorgestellt (EB 15/20). Die Fazilität soll 672,5 Mrd. € an Darlehen und Zuschüssen zur Unterstützung von Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten bereitstellen. Die Kommissionsleitlinien sollen ihnen bei der Erstellung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne helfen. Diese sind bis 30.04.2021 nötig, um Gelder aus der Fazilität zu erhalten. Die Anleitung spiegelt die sechs Säulen der Fazilität wider: 1. grüner Übergang, 2. digitale Transformation, 2. intelligentes, nachhaltiges, integratives Wachstum und Beschäftigung, 4. sozialer und territorialer Zusammenhalt, 5. Gesundheit und Krisenresilienz, 6. Maßnahmen für die nächste Generation, Kinder und Jugendliche (einschließlich Bildung und Kompetenzen).



Die Mitgliedstaaten sollen laut Kommission auch erläutern, wie ihre Pläne zur Gleichstellung und zu den Grundsätzen der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen, und die nationalen Konsultationen sowie ihr Kontroll- und Prüfsystem zum Schutz der finanziellen EU-Interessen zusammenfassen. Zudem sollen ihre Pläne min. mit 37 % der Gesamtmittel zu den Klimazielen und mit 20 % zum digitalen Wandel beitragen.

[Mitteilung der Kommission u. a. zu den aktualisierten Leitlinien für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne vom 25.01.2021](#) (in englischer Sprache)

Brexit-Auswirkungen: Kommission schlägt für Anpassungsreserve Änderung des EU-Jahreshaushalts 2021 vor

Im Anschluss an ihren Vorschlag für eine Brexit-Anpassungsreserve vom 25.12.2020 schlug die Kommission am 22.01.2021 eine Aufstockung des EU-Haushalts für 2021 um 4,24 Mrd. € vor. Dies soll sicherstellen, dass in diesem Jahr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der unmittelbaren Folgen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs (VK) zu unterstützen. Damit würde der Jahreshaushalt 168,5 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen und 170,3 Mrd. € an Zahlungsermächtigungen umfassen. Für den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen für die Jahre 2021 – 2027 soll die Brexit-Anpassungsreserve insgesamt 5,37 Mrd. € in laufenden Preisen betragen. Laut Haushaltskommissar *Johannes Hahn* (Österreich) ist die Brexit-Anpassungsreserve ein weiteres Beispiel für die europäische Solidarität. Die Kommission werde mit Europäischem Parlament und Rat zusammenarbeiten, damit das Geld so schnell wie möglich für Unternehmen und Firmen, Regionen und lokale Gemeinden verfügbar werde. Der überwiegende Teil soll bereits 2021 durch eine Vorfinanzierung zugewiesen werden. Sie berechnet sich laut Kommission auf Basis der erwarteten Folgen des Endes der Übergangszeit auf die Wirtschaft der einzelnen Mitgliedstaaten, wobei der relative Grad der wirtschaftlichen Integration mit dem VK berücksichtigt werde. Dies umfasse den Handel mit Waren und Dienstleistungen sowie die negativen Auswirkungen auf den EU-Fischereisektor.

[Mitteilung der Kommission u. a. zur Änderung des EU-Jahreshaushalts 2021 vom 22.01.2021](#) (in englischer Sprache)

STEUER

Kommissionsinitiative für eine künftige Digitalsteuer: Öffentliche Konsultation gestartet

Nachdem die Kommission am 14.01.2021 ihren Fahrplan zur neuen steuerlichen Gesetzgebungsinitiative „Eine faire & wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft – Digitalabgabe“ vorgestellt hatte, öffnete sie am 18.01. auch eine breite öffentliche Konsultation hierzu. Diese läuft bis zum 12.04., die Teilnahme ist online oder per E-Mail möglich. Die Kommissionsinitiative zielt darauf ab, per Richtlinie eine Digitalsteuer einzuführen, um die Frage der fairen Besteuerung der digitalen Wirtschaft anzugehen. Sie folgt auf den Auftrag des [Europäischen Rates vom Juli 2020](#), bis Juni 2021 einen Vorschlag für eine Digitalabgabe als neues Eigenmittel für den EU-Haushalt vorzulegen (EB 13/20). Eine Digitalsteuer auf EU-Ebene solle so gestaltet werden, dass sie mit den hierzu



laufenden Arbeiten der OECD sowie der G20 übereinstimme und mit der WTO sowie anderen internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. Denn ein EU-Vorstoß solle insbesondere keine internationalen Handelsspannungen schüren. Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* erklärte, die aktuell Konsultation sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum letztendlichen Ziel, die faire Besteuerung der Digitalwirtschaft sicherzustellen. Dies sei in der gegenwärtigen Situation noch wichtiger. Denn COVID-19 habe einen beispiellosen wirtschaftlichen Schock verursacht, und während man an einem nachhaltigen Aufschwung arbeite, sei es entscheidend, dass alle Unternehmen einen ausreichenden Beitrag zu diesen Bemühungen leisten würden.

[Öffentliche Konsultation der Kommission zur Einführung einer Digitalsteuer vom 18.01.2021](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

[Kommissionsinitiative zur Einführung einer Digitalsteuer vom 14.01.2021](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

[OECD-Webseite zu den Reformarbeiten für die Besteuerung der digitalen Wirtschaft](#) (in englischer Sprache)

US-FATCA-Gesetz: Europäischer Datenschutzausschuss prüft erneut die Vereinbarkeit mit der Datenschutz-Grundverordnung

Justizkommissar *Didier Reynders* bestätigte am 21.01.2021 in seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage von MdEP *Sophie in 't Veld* (Renew Europe/NL), dass der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) – bestehend aus Vertretern der nationalen Datenschutzbehörden und dem Europäischen Datenschutzbeauftragten – erneut die Vereinbarkeit des US-Gesetzes FATCA (*Foreign Accounts Tax Compliance Act*) mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) prüfe. Zugleich weist er darauf hin, die nationalen Datenschutzbehörden seien für die Überwachung und Durchsetzung der DSGVO-Anwendung zuständig. Die Kommission nehme an den Sitzungen des EDSA teil und verfolge aufmerksam alle Entwicklungen zu diesem Dossier, versicherte *Reynders*. Um die FATCA-Anforderungen zu erfüllen, müssen sog. „zufällige US-Staatsbürger“, die EU-Bürger sind, sensible Daten an US-Botschaften übermitteln, die dann in die USA weitergeleitet werden. In einer ersten Prüfung im Jahr 2018 kam der EDSA zu dem Schluss, dass es keine Rechtfertigung gebe, eine Datenverarbeitung nach FATCA zu verbieten. Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* hatte im April 2020 auf eine Frage von MdEP *François-Xavier Bellamy* (EVP, FRA) die Ansicht geäußert, die FATCA-Folgen für die europäischen Bürger und Finanzinstitutionen hätten sich verbessert, und Staatsangehörigkeitsbindungen gingen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten einher (EB 07/20).

[Antwort von Justizkommissar *Didier Reynders* für die Kommission vom 21.01.2021](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament fordert Reform der „schwarzen“ EU-Liste steuerlich unkooperativer Länder

Am 21.01.2021 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mit 587 Ja-Stimmen zu 50 Nein-Stimmen und bei 46 Enthaltungen eine [Entschließung zur Überarbeitung der EU-Liste der Steueroasen](#) an, die 2017 erstmals erstellt wurde. Darin moniert das EP insbesondere, die bisherige europäische „schwarze“ Liste erfasse



nur die Spitze des Eisbergs. Die Abgeordneten drängen darauf, das System zur Erstellung der Liste zu ändern, da diese für Missverständnisse Sorge und kaum wirksam sei. So müsse das Kriterium zur Beurteilung, ob das Steuersystem eines Landes fair sei oder nicht, erweitert werden, und Länder sollten laut EP nicht von der schwarzen Liste gestrichen werden, wenn sie nur „symbolische“ Änderungen vornehmen würden. Weiter fordern die Abgeordneten, ein Unternehmenssteuersatz von 0 % sollte automatisch dazu führen, auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. Außerdem müsse die Liste bis Ende 2021 durch ein rechtsverbindliches Instrument formalisiert werden. Das EP erkennt zwar an, dass die EU-Liste der Steueroasen bisher positive Auswirkungen gehabt habe, sie sei aber ihren Möglichkeiten nicht vollständig gerecht geworden. Denn Gebiete, die in der Liste genannt sind, seien für weniger als 2 % der weltweiten Einbußen an Steuereinnahmen verantwortlich. Vor der Abstimmung über seine Resolution hatte das EP über dieses Thema eine [Debatte](#) mit der neuen portugiesischen Ratspräsidentschaft und der Kommission geführt.

[Pressemitteilung des EP zur Entschließung zur Überarbeitung der EU-Liste der Steueroasen vom 21.01.2021](#)

EuGH: Die Überlassung eines Dienstwagens für private Zwecke ist ohne Gegenleistung nicht mehrwertsteuerpflichtig

Am 20.01.2021 urteilte der EuGH zum Vorabentscheidungsersuchen des Finanzgerichts des Saarlandes (FG) wegen des Mehrwertsteuer-Leistungsortes bei der Überlassung eines Dienstwagens an Arbeitnehmer (Rechtssache C-288/19, *QM / Finanzamt Saarbrücken*). Das FG hatte den EuGH um Klärung ersucht, ob die Überlassung ohne Gegenleistung als Vermietung eines Beförderungsmittels gelte. Im Streitfall hatte der Arbeitgeber QM, eine in Deutschland umsatzsteuerlich registrierte Verwaltungsgesellschaft mit Sitz in Luxemburg, zwei Mitarbeitern Kfz für dienstliche wie auch für private Zwecke zur Verfügung gestellt. Im Streitfall hatten die Arbeitnehmer ihren Wohnsitz in Deutschland und arbeiteten in Luxemburg. Während die Überlassung an den einen Mitarbeiter kostenfrei erfolgte, behielt QM vom Gehalt des anderen Mitarbeiters einen Teil ein. Das Finanzamt Saarbrücken hatte die Fahrzeugüberlassung an sie der deutschen Umsatzsteuer unterworfen. Der EuGH entschied, die Überlassung ohne Gegenleistung gelte nicht als Vermietung eines Beförderungsmittels. Jedoch könne beim Verzicht des Mitarbeiters auf einen Teil seines Gehalts durchaus eine steuerbare Dienstleistung gegen Entgelt gegeben sein. Dafür muss der Arbeitnehmer laut EuGH für eine vereinbarte Dauer von mehr als 30 Tagen dauerhaft das Recht haben, das Fahrzeug zu privaten Zwecken zu benutzen und andere davon auszuschließen. Diese Voraussetzung müsse das FG konkret prüfen.

[EuGH-Urteil zur Rechtssache C-288/19, QM / Finanzamt Saarbrücken, vom 20.01.2021](#)

[Dokumente zur Rechtssache C-288/19, QM / Finanzamt Saarbrücken, vom 20.01.2021](#)

EuGH: Österreich setzt Mehrwertsteuer bei Reisebüros nicht korrekt um

Am 27.01.2021 urteilte der EuGH zur Vertragsverletzungsklage der Kommission gegen die Republik Österreich zur Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros (Rechtssache C-787/19, *Europäische Kommission / Republik Österreich*). Die Kommission hatte Klage erhoben, weil Österreich nach ihrer Ansicht gegen seine



Verpflichtungen aus der [Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem vom 28.11.2006](#) (2006/112/EG) verstößt. Denn es schließe Reiseleistungen, die gegenüber Steuerpflichtigen erbracht werden, die diese für ihr Unternehmen nutzen, von der Mehrwertsteuer-Sonderregelung für Reisebüros aus. Außerdem dürften österreichische Reisebüros, soweit die Sonderregelung auf sie anwendbar sei, die Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage pauschal für Gruppen von Leistungen und für die gesamten innerhalb eines Besteuerungszeitraums erbrachten Leistungen ermitteln. Österreich hatte hierzu als Rechtfertigung eine Entlastung des Verwaltungsaufwands vorgetragen. Der EuGH bestätigte nun die Einschätzung der Kommission und entschied, Österreich habe gegen Art. 73 und Art. 306 bis 310 der Richtlinie verstoßen.

[EuGH-Urteil zur Rechtssache C-787/19, Europäische Kommission / Republik Österreich, vom 27.01.2021](#)

Bericht des Europäischen Rechnungshofs zum Austausch von Steuerinformationen in der EU: Solide Grundlage, bei der Umsetzung hapere es jedoch

Am 26.01.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (ERH) seinen [Sonderbericht 03/2021](#) zur Umsetzung der [Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung](#) (2011/16/EU) in fünf Mitgliedstaaten zwischen 2014 und 2019: Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien und Zypern. Hierfür untersuchte der ERH zum einen, wie die Kommission die Umsetzung und Leistung des Systems für den Austausch von Steuerinformationen überwacht. Außerdem geht es darum, wie die Mitgliedstaaten die ausgetauschten Informationen nutzen. Der ERH stellt fest, der Austausch von Steuerinformationen zwischen den Mitgliedstaaten reiche noch nicht, um eine gerechte und wirksame Besteuerung im gesamten Binnenmarkt zu gewährleisten. Das System sei zwar in geeigneter Weise eingerichtet worden, bei Überwachung, Sicherstellung der Datenqualität und Nutzung der erhaltenen Informationen bestehe aber noch Handlungsbedarf. Die Prüfer bemängeln insbesondere, die ausgetauschten Informationen seien oft von begrenzter Qualität gewesen. Daher empfiehlt der ERH der Kommission, den Anwendungsbereich des EU-Rechtsrahmens zu erweitern und ihre Überwachungstätigkeit sowie Orientierungshilfen auszubauen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten die Informationen, die sie erhalten, besser nutzen. Denn Lücken beim Austausch von Steuerdaten in der EU könnten einen Anreiz zur Steuervermeidung und -hinterziehung bieten.

[ERH-Mitteilung zum Sonderbericht 03/2021 zum Austausch von Steuerinformationen vom 26.01.2021](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Tagung der Euro-Gruppe, 18.01.2021: Beratungen über die EU-Aufbau- und Resilienzgelder, makroökonomische Ungleichgewichte im Euroraum und die künftigen Beziehungen zu den USA

Am 18.01.2021 beriet sich erstmals in diesem Jahr die Euro-Gruppe, erneut per Videokonferenz und unter Vorsitz von *Paschal Donohoe* (Irland). Sie debattierte die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität – mit 672,5 Mrd. € der Kern des EU-Wiederaufbaufonds – und die nationalen Konjunkturprogramme, die die Mitgliedstaaten hierfür derzeit entwerfen. Grundsätzliches Ziel sei, den Euroraum insgesamt im Auge zu



behalten, so dass die nationalen Pläne in ihren Schwerpunkten kohärenter würden. Euro-Gruppen-Präsident *Donohoe* erklärte, die Pläne müssten ein Gleichgewicht zwischen fiskalischer Unterstützung und der Identifizierung von Strukturreformen finden. Laut Wirtschaftskommissar *Gentiloni* ist die Kommission mit mehreren Ländern in fortgeschrittenen Vorbereitungsgesprächen, bei allen Entwürfen bestehe aber noch Diskussionsbedarf. Weiter beriet die Euro-Gruppe, inwieweit die COVID-19-Krise Ungleichgewichte im Euroraum – speziell bei der Staatsverschuldung und notleidenden Krediten – verschärfe, und die mögliche Reaktion darauf. Denn die Rezession fällt etwa in Frankreich stark aus, und hoch verschuldete Staaten wie Italien und Spanien wurden von der Pandemie besonders getroffen. Kurz vor der Machtübergabe an den neuen US-Präsidenten *Joe Biden* war auch das globale Währungs- und Finanzsystem Thema: Es sei zu erwarten, dass hier künftig wieder eine engere Kooperation mit den USA möglich werde.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 18.01.2021](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe *Paschal Donohoe* im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 18.01.2021](#) (in englischer Sprache)

[Anmerkungen von Kommissar *Paolo Gentiloni* im Anschluss an die der Tagung der Euro-Gruppe vom 18.01.2021](#) (in englischer Sprache)

[Webseite des Rates zum Aufbauplan für Europa](#)

[Website der Kommission zur Aufbau- und Resilienzfazilität](#) (in englischer Sprache)

Staatliche Verschuldungsquote im Euroraum steigt im dritten Quartal 2020 auf 97,3 %, während sich das öffentliche Defizit erholt

Wie das statistische Amt der EU, Eurostat, am 21.01.2021 bekannt gab, betrug der [öffentliche Schuldenstand](#) – der Bruttoschuldenstand des Staatssektors – am Ende des dritten Quartals 2020 im Verhältnis zum BIP im Euroraum 97,3 %, nach 95,0 % am Ende des zweiten Quartals. Im dritten Jahresquartal seien die Folgen der staatlichen Maßnahmen in Reaktion auf die COVID-19 Eindämmungsmaßnahmen nach wie vor in einem erhöhten Finanzierungsbedarf zum Tragen gekommen. In der EU stieg die Verschuldungsquote laut Eurostat von 87,7 % auf 89,8 %. Dagegen belief sich das [saisonbereinigte öffentliche Defizit](#) – der Finanzierungssaldo des Staatssektors – im Verhältnis zum BIP im dritten Quartal 2020 im Euroraum auf 5,8 % und in der EU auf 5,6 %. Es habe sich also in diesem Zeitraum deutlich erholt, nachdem im zweiten Jahresquartal das höchste Defizit seit Beginn der Zeitreihe registriert worden sei (EB 18/20), sei aber weiter von der politischen Pandemiereaktion beeinflusst gewesen. Das Verhältnis von Defizit zu BIP verringerte sich laut Eurostat aufgrund des BIP-Wachstums, höherer Einnahmen und geringerer Ausgaben. Jedoch verzeichneten im dritten Jahresquartal immer noch alle Mitgliedstaaten ein Defizit. Für Deutschland weist Eurostat ein saisonbereinigtes Defizit von 4,6 % aus, nach 9,4 % im Vorquartal. Die deutsche Verschuldungsquote habe am Ende des dritten Quartals 70,0 % betragen, gegenüber 67,4 % am Ende des Vorquartals.



Europäische Zentralbank: Zahl der gefälschten Euro-Banknoten 2020 auf Rekordtief

Am 22.01.2021 meldete die Europäische Zentralbank (EZB), 2020 seien etwa 460.000 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen worden – so wenige wie nie zuvor im Vergleich zur [Zahl aller umlaufenden Banknoten](#) von über 25 Mrd. 2020 wurden laut EZB 17 Fälschungen pro 1 Mio. im Umlauf befindlicher echter Banknoten entdeckt. Gegenüber 2019 stelle dies einen Rückgang um 17,7 % dar. 20-€- und 50-€-Banknoten wurden laut EZB erneut am häufigsten gefälscht: Rund zwei Drittel aller Fälschungen entfielen auf diese beiden Nennwerte. 94,5 % der Euro-Fälschungen seien in Ländern des Euroraums entdeckt worden, 2,8 % in EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums, und 2,7 % entfielen auf die übrige Welt. Aus Sicht der EZB sind [Euro-Banknoten](#) daher nach wie vor ein verlässliches und sicheres Zahlungsmittel. Bei dieser Gelegenheit weist die EZB darauf hin, alle Euro-Banknoten könnten nach dem Prinzip „[Fühlen-Sehen-Kippen](#)“ auf ihre Echtheit geprüft werden. Außerdem helfe das Eurosystem Personen, die mit Bargeld arbeiten, sicherzustellen, dass Banknotenbearbeitungsgeräte Fälschungen zuverlässig erkennen und einziehen können. Die EZB bittet darum, eine verdächtige Banknote direkt mit einem Geldschein zu vergleichen, von dem mit Sicherheit feststehe, dass er echt ist. Falls sich der Verdacht erhärte, solle man sich mit der Polizei oder der zuständigen nationalen Zentralbank bzw. der Hausbank in Verbindung setzen.

[Pressemitteilung der EZB zur Zahl der gefälschten Euro-Banknoten 2020 vom 22.01.2021](#)

Kommission nimmt Stellung zu Litauens aktualisiertem Haushaltsentwurf für 2021

Wie die Kommission am 20.01.2021 mitteilte, nahm sie ihre [Bewertung zum neuen Entwurf des litauischen Haushaltsplans für das Jahr 2021](#) an. Dieser aktualisiert den von der geschäftsführenden Regierung im Oktober 2020 vorgelegten Haushaltsentwurf. Die Kommission kommt nun zum Ergebnis, der neue Entwurf stehe insgesamt im Einklang mit der Ratsempfehlung zur europäischen Fiskal- und Wirtschaftspolitik vom 20.07.2020 (EB 13/20). Denn die meisten Maßnahmen im überarbeiteten litauischen Haushaltsentwurf würden vor dem Hintergrund erheblicher Unsicherheit aufgrund der COVID-19-Pandemie und der dadurch verursachten Krise die Wirtschaftstätigkeit unterstützen. Allerdings seien einige Maßnahmen scheinbar nicht befristet und würden nicht durch Ausgleichsmaßnahmen ergänzt. Die Kommission ruft Litauen daher auf, den Einsatz, die Wirksamkeit und die Angemessenheit der Unterstützungsmaßnahmen regelmäßig zu überprüfen und darauf vorbereitet zu sein, sie bei Bedarf an veränderte Umstände anzupassen.

[Mitteilung der Kommission u. a. zu Litauens aktualisiertem Haushaltsentwurf für 2021 vom 20.01.2021](#) (in englischer Sprache)



DIGITALE INFRASTRUKTUR

Breitbandausbau: Kommission genehmigt 325-Mio.-€-Förderung in Italien für sehr schnelles Internet in Schulen

Wie die Kommission am 21.01.2021 mitteilte, hat sie für die Versorgung von 12.000 Schulen in Italien mit sehr schnellen Internetdiensten staatliche Unterstützung in Höhe von 325 Mio. € genehmigt. Von der Maßnahme profitieren sollen im Einklang mit den EU-Breitbandzielen Schulen in Gebieten mit aktuell unzureichender Anbindung: Die italienische Förderung solle den Aufbau eines Netzes fördern, das Schulen Upload- und Downloadgeschwindigkeiten von 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s) bieten könne. Die notifizierte Maßnahme richte sich nur an Schulen, die z. Zt. nicht über ein Breitbandnetz mit einer Downloadgeschwindigkeit von mehr als 300 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verfügen bzw. für die in naher Zukunft keines geplant sei. Aus italienischer Sicht sei eine sehr schnelle Internetverbindung nötig, um Online-Bildungsangebote bereitzustellen, die angesichts der Pandemie große Bedeutung erlangt hätten. Um die Zielgebiete und die förderfähigen Schulen zu ermitteln, haben die italienischen Behörden laut Kommission eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Infrastruktur und eine öffentliche Konsultation durchgeführt. Anhand ihrer Breitbandleitlinien von 2013 prüfte die Kommission die Fördermaßnahme und kam zum Ergebnis, sie stehe mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang: Die positiven Auswirkungen auf den Wettbewerb und die Breitbandanbindung, insbesondere für Schulen, würden gegenüber potenziellen negativen Auswirkungen des staatlichen Eingriffs überwiegen.

[Pressemitteilung der Kommission zur italienischen Fördermaßnahme vom 21.01.2021](#)

[EU-Leitlinien zu staatlichen Beihilfen für schnellen Breitbandausbau vom 26.01.2013](#)

[Mitteilung der Kommission zur Gigabit-Gesellschaft vom 14.09.2016](#)

[Beihilfenregister der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zum digitalen Binnenmarkt](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Europäische Kommission legt Strategie zur Förderung der Offenheit, Stärke und Resilienz des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU vor

Die Kommission hat am 19.01.2021 eine neue Strategie zur Förderung der Offenheit, Stärke und Resilienz des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU vorgelegt. Ziel der Strategie ist, eine führende Rolle Europas in der globalen Wirtschaftspolitik zu schaffen, bei der die EU zugleich vor unfairen und missbräuchlichen Praktiken geschützt ist.

Die Kommission schlägt dazu in ihrer Strategie drei Ansätze vor, die mit weiteren Maßnahmen untermauert werden sollen: die Stärkung der internationalen Rolle des Euro, die Weiterentwicklung der Finanzmarktinfrastrukturen und die Steigerung ihrer Resilienz sowie die weitere Förderung der einheitlichen Umsetzung und Durchsetzung der Sanktionen der EU. Insbesondere soll die Entwicklung von auf Euro lautenden Instrumenten und Benchmarks und der Status quo des Euro als internationale Referenzwährung im Energie- und Rohstoffsektor (u. a. im Bereich Wasserstoff) vorangebracht werden. Zudem liegt ein Fokus auf einer stärkeren Nutzung des Euro als Standardwährung für nachhaltige Finanzprodukte sowie die Förderung grüner Anleihen. Die neue Strategie baut auf der Mitteilung von 2018 über Stärkung der internationalen Rolle des Euro auf, die darauf abzielte, die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#) (bisher nur in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten](#)

Kapitalmarktunion: Europäisches Parlament bestätigt Trilogeinigung zur Änderung der Benchmark-VO für kritische Referenzwerte

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 19.01.2021 in ihrer Plenarsitzung mit 592 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 98 Enthaltungen die am 30.11.2020 erzielte politische Einigung zu den Änderungen der Verordnung über kritische finanzielle Referenzwerte (EB 20/20) gebilligt. Durch die geänderte Verordnung soll sichergestellt werden, dass die Finanzstabilität der EU nach der Einstellung des Referenzwerts London Interbank Offered Rate (LIBOR) gewahrt bleibt. Die Kommission hat nun die Möglichkeit, einen Ersatz-Referenzwert zu benennen, wenn dies notwendig ist. Nach der Veröffentlichung der Verordnung im EU-Amtsblatt tritt diese in Kraft.

[Angenommener Text](#)



Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt IPCEI-Projekt im Bereich der Batteriewertschöpfungskette

Die Kommission hat am 26.01.2021 ein zweites wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) zur Förderung von Forschung und Innovation im Bereich der Batteriewertschöpfungskette nach den EU-Beihilfevorschriften genehmigt. Das Projekt „European Battery Innovation“ wurde von Deutschland koordiniert und mit elf weiteren vorbereitet und angemeldet.

In den kommenden Jahren wollen die teilnehmenden Mitgliedstaaten bis zu 2,9 Mrd. € bereitstellen, um so zusätzliche private Investitionen von 9 Mrd. € zu mobilisieren. Abgedeckt wird hierbei die gesamte Wertschöpfungskette von Batterien, um so neue technologische Durchbrüche zu erreichen und Innovationen voranzutreiben. Bei all dem soll das Thema Nachhaltigkeit stets im Vordergrund stehen.

Die 42 direkten Teilnehmer sollen zusammen mit 150 externen Partnern (z. B. Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen) in ca. 300 geplanten Projekten zusammenarbeiten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Europäische Kommission genehmigt letzten Teil der deutschen Novemberhilfe

Die Kommission hat am 21.01.2021 die deutsche Rahmenregelung zur Entschädigung von Unternehmen für die Einbußen, die sie infolge der Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie erlitten haben, in Höhe von 12 Mrd. € nach den EU-Beihilfevorschriften genehmigt. Diese Regelung ist Teil des Novemberhilfe-Pakets. Die Entschädigung der Unternehmen erfolgt in Form direkter Zuschüsse. Die Genehmigung der deutschen Beihilfe durch die Kommission wurde auf die Regelungen für Beihilfen für bestimmte Unternehmen bzw. Beihilfen für bestimmte Wirtschaftszweige, denen aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse Schäden entstanden sind, gestützt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Vorschlag zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Beihilferahmens

Die Kommission hat am 28.01.2021 den am 19.01.2021 vorgelegten neuen Vorschlag zur Verlängerung und Anpassung des Befristeten Beihilferahmens zur Unterstützung der Wirtschaft im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie (EB 05/20) nach Konsultation der Mitgliedstaaten angenommen. Dieser sieht u. a. eine Verlängerung bis zum 31.12.2021 sowie Anhebungen der Obergrenzen vor. Zudem sollen bestimmte von den Mitgliedstaaten gewährte rückzahlbare Finanzierungsinstrumente zu einem späteren Zeitpunkt in direkte Zuschüsse umgewandelt werden können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Staatliche Beihilfe: Europäische Kommission genehmigt deutsche Änderungsregelung zur Förderung von Forschung und Entwicklung

Die Kommission hat am 18.01.2021 die Änderung einer deutschen Regelung zur Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) auf Grundlage des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation genehmigt. Im Rahmen der deutschen Regelungen werden vorrangige und nachrangige Darlehen zu günstigen Konditionen für die langfristige Finanzierung von FuE-Projekten gewährt. Deutschland hatte bei der Kommission die Verlängerung der Regelung bis zum 30.06.2021 und eine Erhöhung des Gesamtbudgets von 7,5 Mrd. € auf 7,7 Mrd. € angemeldet.

[Daily News der Kommission](#)

Konsultation zur Stabilität von Banken und Einlagensicherung

Die Kommission hat am 26.01.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Rahmens für das Krisenmanagement von Banken und deren Einlagensicherung eingeleitet. Konkret bezieht sich die Konsultation auf die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD), die Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR) und die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (DSGD). Ziel der Konsultation ist, festzustellen, wie die Stabilität und Robustheit des Bankensystems verbessert werden kann. Daher sollen die bestehenden Regelungen überprüft und angepasst werden und dadurch verhältnismäßiger, effizienter und kohärenter gestaltet werden. Zudem sollen die Synergien zwischen dem Krisenmanagement und dem Einlegerschutz verbessert werden. Parallel zu dieser mehr technisch orientierten Konsultation, soll Mitte Februar eine weitere allgemeinere Konsultation dazu starten. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 20.04.2021.

[Zur Konsultation](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Fahrplan zur Bewertung von Makrofinanzhilfen der EU an Nicht-EU-Partnerländer

Die Kommission hat am 21.01.2021 einen Fahrplan für eine Bewertung von EU-Finanzhilfen (Makrofinanzhilfen) gegenüber Nicht-EU-Partnerländern veröffentlicht. Die Analyse soll u. a. die Ergebnisse von 15 Bewertungen zwischen 2010 und 2020 durchgeführten Finanzhilfen überprüfen und die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission erhöhen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.02.2021.

[Zur Initiative](#)



Europäischer Rechnungshof: Bericht zur EU-Bankenabwicklung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) kommt in einem am 14.01.2021 veröffentlichten Bericht zum aus dem Jahr 2015 stammenden Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM), der eine geordnete Abwicklung ausfallender Banken innerhalb der Banken sicherstellen soll, zu dem Ergebnis, dass zwar Fortschritte erzielt wurden, allerdings seien in einigen entscheidenden Bereichen weitere Anstrengungen erforderlich. Nach Ansicht des EuRH sollte der Einheitliche Abwicklungsausschuss (SRB) sämtliche für die Gestaltung der Abwicklungsmaßnahmen maßgeblichen strategischen Vorgaben bereitstellen und die Mängel beheben, die in Bezug auf die Qualität, Rechtzeitigkeit und Kohärenz seiner eigenen Abwicklungsplanung bestehen.

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Bericht des EuRH](#)

EU-Kartellrecht: Kommission verhängt Geldbußen von 7,8 Mio. € gegen Valve und fünf PC-Videospielverlage wegen Geoblocking-Praktiken

Die Kommission hat am 20.01.2021 gegen das Unternehmen Valve, Eigentümer der Online-PC-Spieleplattform „Steam“, und die fünf Spieleverlage Bandai Namco, Capcom, Focus Home, Koch Media und ZeniMax wegen Zuwiderhandlungen gegen das EU-Kartellrecht Geldbußen von insgesamt 7,8 Mio. € verhängt. Aus Sicht der Kommission beschränkten die Unternehmen den Verkauf grenzüberschreitender Videospiele an Nutzer in bestimmten Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Wegen dieser sogenannten Geoblocking-Praktiken wurden Geldbußen von insgesamt mehr als 6 Mio. € gegen die Verlage verhängt, die jedoch aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit der Kommission ermäßigt wurden. Die Geldbuße gegenüber Valve fiel höher aus, da das Unternehmen nicht mit der Kommission zusammenarbeitete.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Welthandelorganisation: Europäisches Parlament bestätigt politische Einigung zur Durchsetzungsverordnung zum Schutz der Handelsinteressen der EU

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 19.01.2021 in ihrer Plenarsitzung mit 653 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen bei 30 Enthaltungen die zwischen dem deutschem Ratsvorsitz und EP erzielte politische Einigung vom 29.10.2021 (EB 18/20) zur Änderung der Durchsetzungsverordnung über die Rechte der Union in Bezug auf die Anwendungen und Durchsetzung internationaler Handelsregeln gebilligt. Durch die Verordnung sollen die Handelsinteressen der EU vor dem Hintergrund der derzeitigen Blockade bei der Besetzung des Berufungsgremiums der Welthandelorganisation (WTO) besser geschützt werden.



Nach der formellen Annahme durch den Rat wird die Verordnung im EU-Amtsblatt veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text der Verordnung](#)

Finanzdienstleistungen: US-amerikanische zentrale Gegenparteien werden als gleichwertig anerkannt

Die Kommission hat am 27.01.2021 entschieden, dass die Bestimmungen für zentrale Gegenparteien (CCPs) der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (Securities and Exchange Commission – SEC) gegenüber den EU-Vorschriften als gleichwertig anzusehen sind. Der heutige Beschluss der Kommission trägt dazu bei, dass weitere US-amerikanische CCPs in der EU durch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) anerkannt werden können. Nach der Anerkennung einer solchen CCP kann diese Clearingdienste in der EU erbringen. 2016 hatte die Kommission bereits einen Gleichwertigkeitsbeschluss erlassen für CCPs, die bei der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) registriert sind.

Zentrale Gegenparteien sind zwischengeschaltete Stellen bei Derivatekontrakten, die für jeden Verkäufer als Käufer bzw. für jeden Käufer als Verkäufer auftreten. Hierdurch können Risiken beim Derivatehandel verringert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Außenwirtschaft: Rechtswidrige Ausfuhrbeschränkungen Indonesiens für Rohstoffe für nicht rostenden Stahl

Die EU hat am 14.01.2021 die Einsetzung eines Panels bei der Welthandelsorganisation (WTO) beantragt, um die Beseitigung rechtswidriger Ausfuhrbeschränkungen Indonesiens für Rohstoffe, die der Herstellung von nicht rostendem Stahl dienen, zu erreichen. Besonders betroffen von den Ausfuhrbeschränkungen sind Nickelerz und Eisenerz. EU-Herstellern wird hierdurch der Zugang zu den Rohstoffen unrechtmäßig eingeschränkt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Südkorea verstößt gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen des Handelsabkommens mit der EU

In einem am 25.01.2021 veröffentlichten Panelbericht der von Südkorea und der EU ernannten Sachverständigengruppe kommt diese zu dem Ergebnis, dass Südkorea gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen im Rahmen des mit der EU geschlossenen Handelsabkommens verstößt. Demnach müsse Südkorea sein Arbeitsrecht und seine arbeitsrechtlichen Verfahren anpassen und den Prozess der Ratifizierung von vier grundlegenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisationen (IAO) zügig fortsetzen, um



dem Abkommen nachzukommen. Im Handelsabkommen zwischen der EU und Südkorea haben sich beide Seiten verpflichtet, internationale grundlegende Arbeitnehmerrechte und Standards im Arbeitsrecht zu achten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

EuG-Urteil: Begriff der Maßnahme „des Umweltrechts“ der Aarhus-Verordnung

Am 27.01.2021 hat das Gericht der Europäischen Union in der Rechtssache T-9/19 *ClientEarth / Europäische Investitionsbank* (EIB) entschieden, dass der in der Aarhus-Verordnung enthaltene Begriff der Maßnahme „des Umweltrechts“ alle Maßnahmen zur Regelung eines Einzelfalls, die Anforderungen des abgeleiteten Unionsrechts unterliegen und unabhängig von ihrer Rechtsgrundlage unmittelbar auf die Verwirklichung der Ziele der Umweltpolitik der Union ausgerichtet sind, umfasst. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit hatte eine NGO gegen die Ablehnung ihres Antrags auf interne Überprüfung eines Beschlusses der EIB, mit dem diese den Finanzierungsvorschlag für ein Biomassekraftwerk in einer spanischen Gemeinde genehmigte, Nichtigkeitsklage erhoben. Nach Auffassung der EIB sei der Antrag unzulässig, weil er sich nicht auf einen Rechtsakt beziehe, der Gegenstand einer internen Überprüfung sein könne, d. h. einen „Verwaltungsakt“ im Sinne der Aarhus-Verordnung. Das EuG entschied nun, dass der Begriff der Maßnahme „des Umweltrechts“ nicht nur auf Maßnahmen beschränkt ist, die auf der Grundlage einer Vorschrift des abgeleiteten Rechts zur Verfolgung umweltpolitischer Ziele nach Art. 119 AEUV erlassen werden. Vielmehr sei der Begriff aufgrund des vom Unionsgesetzgeber verfolgten Ziels, der betroffenen Öffentlichkeit „einen breiten Zugang zu Gerichten“ zu gewähren und ihr beim Schutz der Umwelt eine aktive Rolle zu gewähren, weit auszulegen.

[EuG-Urteil](#)

Europäische Zentralbank gründet ein „Kompetenzzentrum für Klimaschutz“

Am 25.01.2021 hat die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) *Christine Lagarde* angekündigt, dass die EZB ein internes „Kompetenzzentrum für Klimaschutz“ einrichten wird. Dazu engagiert die EZB Expertenteams für den Klimawandel und zur Auswertung großer Datensätze. Sie sollen Modelle entwickeln, wie die Auswirkungen des Klimawandels auf Verbraucherpreise und Wirtschaft genauer erfasst werden können. Dabei sollen sie interdisziplinär mit den Volkswirten oder Inflationsexperten der EZB zusammenarbeiten. Darüber hinaus beteiligt sich die EZB mit 20,8 Mrd. € an einem Fonds, den die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aufgelegt hat. Der EUR BISIP G2 genannte Fonds soll sich für erneuerbare Energien, in Energieeffizienzprojekten und in anderen umweltfreundlichen Vorhaben engagieren. Nach einem bereits bestehenden Fonds in Dollar soll der neue Fonds auf Euro lauten, wie die BIZ in Basel mitteilte. Über beide Fonds zusammen soll zunächst ein Volumen von etwa 2 Mrd. \$ verwaltet werden. Im Rahmen ihrer laufenden Strategieüberprüfung untersucht die EZB auch, ob und wie sie in Zukunft im Rahmen ihrer Anleihekaufprogramme Klimagesichtspunkte stärker einbeziehen soll.

[Ankündigung der EZB](#) (in englischer Sprache)



Rat für Auswärtige Angelegenheiten nimmt Schlussfolgerungen zu Klima- und Energiediplomatie an

Am 25.01.2021 hat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten Schlussfolgerungen zum Thema „Klima- und Energiediplomatie - Verwirklichung der externen Dimension des europäischen Green Deal“ angenommen. Darin fordert der Rat, dass alle Parteien die Ambitionen der national festgelegten Beiträge erhöhen und vor der 26. Konferenz der Vertragsparteien im November 2021 langfristige Strategien für eine emissionsarme Entwicklung vorlegen sollen sowie einen weltweiten Ausstieg aus der unverminderten Nutzung von Kohle in der Energieerzeugung und internationale Initiativen zur Reduzierung von Methanemissionen. Er stellt fest, dass die globalen Klimaschutzmaßnahmen noch immer hinter den langfristigen Zielen des Pariser Abkommens zurückbleiben. Die EU-Energiediplomatie zielt darauf ab, die globale Energiewende zu beschleunigen, indem u. a. Energieeffizienz und erneuerbare Technologien gefördert werden. Von weiteren Investitionen in auf fossilen Brennstoffen basierende Infrastrukturprojekte in Drittländern werde abgeraten, sofern diese nicht auf einen ehrgeizigen Pfad der Klimaneutralität ausgerichtet sind und internationale Bemühungen zur Verringerung der Umwelt- und Treibhausgasauswirkungen der bestehenden Infrastruktur für fossile Brennstoffe unterstützen. Das EU-Engagement zu internationaler, nachhaltiger Klimafinanzierung als Beitrag zum Übergang zur Klimaneutralität müsse weiter ausgebaut werden (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Ratsschlussfolgerungen](#)

EuGH-Urteil zum Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen

Am 20.01.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C 619/19 *Land Baden-Württemberg / D.R.* den Begriff „interne Mitteilungen“ dahingehend präzisiert, soweit es in diesen Mitteilungen um Umweltinformationen im Sinne der Umweltinformations-Richtlinie 2003/4 (UIG-RL) geht. Im zugrundeliegenden Sachverhalt vor dem Bundesverwaltungsgericht beehrte ein Bürger Zugang zu einer „Information der Hausspitze“ des baden-württembergischen Staatsministeriums über den Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten anlässlich des Baus von „Stuttgart 21“ sowie um Vermerke des Staatsministeriums in einem im Zusammenhang mit dem Bauprojekt durchgeführten Schlichtungsverfahren. Baden-Württemberg hatte von der in der Richtlinie vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zu Umweltinformationen abzulehnen. Auf ein Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts zum Umfang des Begriffs der „internen Mitteilung“ urteilte der EuGH, dass die vom Informationsanspruch ausgenommenen internen Mitteilungen unabhängig von Inhalt und Herkunft alle an einen Adressaten gerichteten Informationen innerhalb der Behörden umfassen, die zum Zeitpunkt des Antrags den Binnenbereich dieser Behörde nicht verlassen haben, nachdem sie zuvor der Öffentlichkeit weder zugänglich gemacht wurden noch hätten zugänglich gemacht werden müssen. Diese Ausnahme gilt grundsätzlich zeitlich unbegrenzt, die Behörde muss aber eine nachprüfbare Interessensabwägung vornehmen und dem Antragssteller mitteilen.

[EuGH-Urteil](#)



Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht zu Umweltauswirkungen von erneuerbaren Energien

Am 18.01.2021 hat die Europäische Umweltagentur (EUA) ihren Bericht zu Umweltauswirkungen von erneuerbaren Energien veröffentlicht. Danach hat die verstärkte Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien in der EU zwischen 2005 und 2018 sowohl klimaschädliche Treibhausgas (THG)-Emissionen als auch die Luft- und Wasserverschmutzung (Feinstaubbildung, Eutrophierung und Versauerung) verringert. Gezielte Maßnahmen zu Verbesserungen der Energie- und Ressourceneffizienz und im Zusammenhang mit Materialbeschaffung und Produktionsprozessen in verschiedenen Lieferketten können dazu beitragen, die negativen Umweltauswirkungen des Ausbaus der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien insbesondere auf Süßwasserökotoxizität und Landnutzung zu minimieren. Dem Bericht zufolge lag der EU-weite Anteil der erneuerbaren Energien im Jahr 2019 weniger als einen halben Prozentpunkt unter dem verbindlichen 20 %-Ziel für 2020. Dennoch ist der Energiesektor für fast ein Viertel aller EU-THG-Emissionen verantwortlich und daher weiterhin eine große Quelle für Versauerung, Eutrophierung und die Bildung von bodennahem Ozon. Bei vollständiger Umsetzung der nationalen Klima- und Energiepläne für 2030 könnte die EU ihre aktuellen Klimaziele für 2030 übertreffen. Allerdings müsste der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050 auf über 80 % steigen, um Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

[EUA-Bericht](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Initiative neues „Europäisches Bauhaus“

Am 18.01.2021 hat die Kommission die Gestaltungsphase der Initiative „Ein neues Europäisches Bauhaus“ eingeleitet. Das neue Europäische Bauhaus ist ein ökologisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt, mit dem Design, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Investitionen kombiniert werden sollen, um einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu leisten. Die zentralen Werte des neuen Europäischen Bauhauses sind Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion. Ziel ist es, Bürger, Architekten, Wissenschaftler, Experten, Unternehmen und Behörden zu vernetzen und zu mobilisieren, um nachhaltiges Wohnen in Europa und darüber hinaus neu zu konzipieren. Anhand der eingebrachten Ideen werden Konzept der Initiative, dringende Erfordernisse und Herausforderungen ausgearbeitet (Gestaltungsphase). Im Herbst 2021 können im Rahmen einer Ausschreibung Bewerbungen für fünf Pilotprojekte eingereicht werden, die mit EU-Mitteln auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umgesetzt werden sollen (Umsetzungsphase). Ziel der dritten Phase (Erweiterungsphase) ist es, die Ideen und Konzepte für das neue Europäische Bauhaus durch Vernetzung und Wissensaustausch in Europa und darüber hinaus zu verbreiten (siehe hierzu auch Beitrag des StMB in diesem EB).

[Webseite zum Neuen Europäischen Bauhaus](#) (in englischer Sprache)



EuGH-Urteil zu Klagebefugnis nach Aarhus-Übereinkommen in Verfahren mit Umweltauswirkung

Am 14.01.2021 hat der EuGH in der Rechtssache C-826/18 *LB u. a. / Gemeente Echt-Susteren* entschieden, dass in Verfahren, die der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Aarhus-Übereinkommen (Aarhus-ÜK) unterliegen, nicht der breiten, sondern lediglich der betroffenen Öffentlichkeit Klagebefugnis eingeräumt werden muss und dass in diesen Verfahren die Bedingung einer vorherigen Beteiligung am Verfahren für die gerichtliche Überprüfung gegen Unionsrecht verstößt. Im zugrundeliegenden Rechtsstreit vor einem niederländischen Gericht klagt eine natürliche Person, ohne sich im Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren geäußert zu haben, gegen die Genehmigung eines Schweinestalls, der der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach der UVP-RL 2011/92 unterliegt. Nach Auffassung des Gerichts ist die Klägerin nicht als „Beteiligte“ im Sinne des niederländischen Verwaltungsrechts anzusehen, da sie nicht in der Nähe des betroffenen Vorhabens wohnt. Es fragt im Wege des Vorabentscheidungsersuchens, ob die Beschränkung des Zugangs zu Gerichten auf „Beteiligte“ im Sinne des nationalen Rechts mit dem Aarhus-ÜK vereinbar ist. Der EuGH stellt klar, dass Art. 9 Abs. 2 des Aarhus-ÜK eine Klagebefugnis nur für die „betroffene Öffentlichkeit“ vorsieht und ein Ausschluss der Klagebefugnis aufgrund fehlender vorheriger Beteiligung unzulässig ist. Anders sei dies zu beurteilen, wenn ein Mitgliedstaat „der Öffentlichkeit“ ein weitergehendes Beteiligungsrecht nach Art. 9 Abs. 3 Aarhus-ÜK einräumt.

[EuGH-Urteil](#)

VERBRAUCHERSCHUTZ

EuGH-Urteil zum bargeldlosen Zahlen von Rundfunkbeiträgen

Am 26.01.2021 hat der EuGH in den Rechtssachen C-422/19 und C-432/19 zwischen den Beteiligten *J.D. u. N.H. / Hessischer Rundfunk* (HR) entschieden, dass EU-Staaten den Rundfunkbeitrag sowohl in bar annehmen als auch die Barzahlung gänzlich ausschließen können. Im Ausgangsrechtsstreit vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hatten zwei Bürger gegen Zahlungsbescheide des HRs geklagt, die ergangen waren, nachdem sie versucht hatten, ihre Rundfunkbeiträge in bar zu entrichten. Der HR verwies auf eine Klausel seiner Beitragssatzung, nach der Beitragszahlungen in bar ausgeschlossen sind. Da die Klausel, wie das BVerwG feststellte, zu einer höherrangigen Bestimmung des Bundesrechts im Widerspruch steht, wonach auf Euro lautende Banknoten unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel seien, legte es dem EuGH im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens die Frage vor, ob diese Bundesbestimmung mit der ausschließlichen Zuständigkeit der EU im Bereich der Währungspolitik für die Euro-Länder in Einklang steht. Der EuGH stellte klar, dass zwar generell die Möglichkeit der Barzahlung im Euro-Währungsgebiet besteht, die Mitgliedstaaten jedoch diese Zahlungsmöglichkeit aus Gründen des öffentlichen Interesses beschränken können, beispielsweise wenn Barzahlungen aufgrund einer sehr hohen Zahl an Zahlungspflichtigen unangemessene Kosten für die Verwaltung nach sich ziehen. Das Bundesverwaltungsgericht müsse nun prüfen, ob eine Beschränkung der Barzahlungsmöglichkeit verhältnismäßig ist.

[EuGH-Urteil](#)



Kommission startet Initiative „Green Consumption Pledge“

Am 25.01.2021 hat die Kommission mit der „Green Consumption Pledge“ ihre erste Initiative im Rahmen der neuen Verbraucheragenda eingeleitet. Sie ist Teil des europäischen Klimapakts, mit dem Menschen, Unternehmen und Organisationen aufgerufen werden, sich an Klimaschutzmaßnahmen zu beteiligen und ein grüneres Europa aufzubauen. Ziel der neuen Initiative ist es, den Beitrag der Unternehmen zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung zu beschleunigen und das Vertrauen der Verbraucher in die Umweltleistung von Unternehmen und Produkten zu stärken. Mit ihrer Teilnahme verpflichten sich Unternehmen zu Maßnahmen im Hinblick auf mindestens drei von fünf Kernzusagen: Berechnung des CO₂-Fußabdrucks des Unternehmens und ausgewählter Vorzeigeprodukte anhand der Berechnungsmethode oder des Umweltmanagementsystems der Kommission, Steigerung des Verkaufs nachhaltiger Produkte oder Dienstleistungen, Bindung eines Teils der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit für die Förderung nachhaltiger Verfahren sowie leicht zugängliche, präzise und aktuelle Informationen für Verbraucher in Bezug auf den CO₂-Fußabdruck des Unternehmens und seiner Produkte. Ihre Fortschritte müssen die Unternehmen anhand von Daten nachweisen, die sie veröffentlichen. Erste teilnehmende Unternehmen sind die Colruyt-Gruppe, Decathlon, die LEGO-Gruppe, L'Oréal und Renewd.

[Website der „Green Consumption Pledge“ Initiative](#) (in englischer Sprache)

Kommission verhängt Geldbußen für Online-PC-Spieleplattform und -verlage wegen Geoblocking-Praktiken

Am 20.01.2021 hat die Kommission gegen das Unternehmen Valve, Eigentümer der Online-PC-Spieleplattform „Steam“, und fünf Spielverlage wegen Zuwiderhandlungen gegen das EU-Kartellrecht Geldbußen von insgesamt 7,8 Mio. € verhängt. Aus Sicht der Kommission beschränkten die Unternehmen den Verkauf grenzüberschreitender Videospiele an Nutzer in bestimmten Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Valve hatte den Verlagen mit seinen Aktivierungsschlüsseln die technischen Mittel bereitgestellt, mit denen die Videospiele der Verlage auf Steam aktiviert und gespielt werden können, auch wenn sie nicht auf Steam gekauft wurden. Unter Verknüpfung mit den Aktivierungsschlüsseln bestand zudem eine Gebietskontrollfunktion, um die Aktivierung der PC-Videospiele geografisch beschränken zu können (Geoblocking). Die Verlage wiesen diese Schlüssel ihren PC-Videospielen zu, sodass die betreffenden Spiele nur mit diesen Schlüsseln aktiviert werden können, und stellten die Schlüssel anschließend ihren Vertriebshändlern für den Verkauf und Vertrieb der PC-Videospiele in den betreffenden Mitgliedstaaten zur Verfügung. So wurden außerhalb bestimmter Mitgliedstaaten ansässige Verbraucher daran gehindert, bestimmte PC-Videospiele, die sie bei Vertriebshändlern der Verlage auf physischen Medien wie DVDs oder in digitaler Form gekauft hatten, mit Steam-Aktivierungsschlüsseln zu aktivieren und zu spielen. Personen und Unternehmen, die von dem beschriebenen wettbewerbswidrigen Verhalten betroffen sind, können vor den Gerichten der Mitgliedstaaten auf Schadensersatz klagen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Pestizide

Am 18.01.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Richtlinie 2009/128/EG) gestartet. Ziel der Konsultation ist es, Informationen zu sammeln zu den Erfolgen der Richtlinie, zu Problemen bei deren Umsetzung, Durchsetzung und Anwendung und ihren Ursachen sowie zu möglichen weiteren Schritten und ihren Auswirkungen. Ziel der Konsultation ist es zu untersuchen, inwieweit das Ziel Verringerung von Pestiziden durch integrierten Pflanzenschutz und Alternativen zu chemischen Pestiziden erreicht wurde und wie der Pestizideinsatz weiter reduziert werden kann, um die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und des europäischen Grünen Deals zu erreichen. Zu den konsultierten relevanten Interessenträgern gehören u. a. Landwirte und Auftragnehmer, die Pestizide anwenden, Verwender von Pestiziden, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind, Nichtregierungsorganisationen im Bereich Gesundheit und Umweltschutz, Berufsverbände, die die Industrie und Wirtschaftsakteure in den einschlägigen Sektoren vertreten (z. B. Imker, Chemiekonzerne, Hersteller von Anwendungsgeräten für Pestizide und Saatgutindustrie), Verbraucherverbände, EU-Bürgerinnen und -Bürger, zuständige nationale Behörden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Konsultation läuft bis 12.04.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation](#)

Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben für Lebensmittel und Getränke

Am 15.01.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben für Lebensmittel und Getränke gestartet. Die Initiative zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben ist Teil des Arbeitsprogramms der Kommission für 2021 sowie des europäischen Grünen Deals. Darüber hinaus wird im Aktionsplan für geistiges Eigentum gefordert, das System zum Schutz geografischer Angaben zu verbessern, um es wirksamer zu machen und Fälschungen zu bekämpfen. Im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ verpflichtete sich die Kommission den Rechtsrahmen des Systems zum Schutz geografischer Angaben zu stärken, den Beitrag des Systems zur nachhaltigen Erzeugung und die Stellung von Landwirten und geografischer Angaben-Erzeugervereinigungen in der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern sowie eine bessere Einbeziehung der nachhaltigen Entwicklung und die Relevanz der EU-Qualitätsregelungen zu bekräftigen. Ziel dieser Konsultation ist es, Meinungen eines breiten Spektrums von Interessenträgern zu möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Systems der geografischen Angaben einzuholen. Auch sollen Ansichten zu den möglichen politischen Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen sowie zu den Vor- und Nachteilen dieser verschiedenen Wege eingeholt werden. Die Konsultation läuft bis 09.04.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Tagung Agrarrat

Der Agrarrat tagte in seiner informellen Sitzung erstmals unter portugiesischer Ratspräsidentschaft. Diese eröffnete das Treffen mit einer Präsentation ihrer Prioritäten: Ein Hauptziel ist der Abschluss der GAP-Reformverhandlungen im Frühjahr.

Die Minister führten einen Meinungs austausch auf der Grundlage einer Präsentation der Kommission über die jüngsten internationalen Handelsentwicklungen und deren Auswirkungen auf den EU-Agrar- und Lebensmittelsektor. Mehrere Minister betonten die Notwendigkeit gleicher Wettbewerbsbedingungen in den Handelsabkommen der EU, z. B. mit dem Mercosur, um sicherzustellen, dass die europäischen Landwirte fair behandelt werden; viele betonten, wie wichtig es sei, Agrarlebensmittel aus Drittländern nur dann zu importieren, wenn diese hohe Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards einhalten würden, wie es in der EU der Fall sei.

Die Kommission gab eine kurze Vorschau auf die Aktualisierung der von der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) durchgeführten Studie, die die neuesten von der EU ausgehandelten Abkommen widerspiegelt, wie die mit Mercosur, Kanada, Japan, Vietnam und Mexiko. Die ersten Ergebnisse bestätigten, dass der EU-Agrarsektor von der EU-Handelsagenda profitieren kann.

Die Präsidentschaft informierte die Minister über den aktuellen Stand der Verhandlungen über das GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020. Die Minister ermutigten den Ratsvorsitz, an der allgemeinen Ausrichtung des Rates (wie im Oktober 2020 vereinbart) festzuhalten, auch im Zusammenhang mit der viel diskutierten grünen Architektur. Sie wiederholten die Notwendigkeit, die Regeln zu vereinfachen, ökologische und sozioökonomische Auswirkungen auszubalancieren und so früh wie möglich eine Einigung auf der Grundlage eines leistungsorientierten Systems zu erzielen.

Ein sog. „double layer“, d. h. Verquickung von „compliance“ und „performance“, ist für den Rat nicht akzeptabel, wird aber offensichtlich vom EP favorisiert.

Die Kommission sieht sich eindeutig nicht nur als Mittler zwischen Rat und EP, sondern will auch Gestalter sein.

Weitere Diskussionspunkte waren u. a. die Forderung der slowenischen Delegation, Maßnahmen auf EU-Ebene einzuführen, um dem Schweinefleischsektor zu helfen, sich von dem starken Preisverfall aufgrund der COVID-19-Pandemie zu erholen.

Deutschland unterstützt dies nicht: Private Lagerhaltung sei kontraproduktiv angesichts der Tatsache, dass die Schlachthäuser an ihrer Belastungsgrenze arbeiten; sie drücke auf den Preis und schaffe die Überschüsse von morgen.



Agrarkommissar *Wojciechowski* bedauert die niedrigen Schweinepreise und stellt aber deren stabiles Niveau als äußerst positiv dar. Weitere Stützungsmaßnahmen sind nicht geplant, aber auch nicht ausgeschlossen.

[Informelle Tagung Agrarrat 25.01.2021](#)

[Studie Agrarmarkt der GFS](#)

Kommission veröffentlicht Liste potenzieller Öko-Regelungen

Die Kommission hat am 14.01.2021 eine Liste von Maßnahmen veröffentlicht, wie sie als sog. Öko-Regelungen („eco schemes“) dazu beitragen sollen, die Ziele der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu erreichen.

Diese Liste soll einen Beitrag zur Debatte um die GAP-Reform und ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele des Green Deal leisten. Die Öko-Regelungen sollen Tätigkeiten in Bezug auf Klima, Umwelt, Tierschutz und antimikrobielle Resistenz abdecken und auf der Grundlage der auf nationaler/regionaler Ebene in den GAP-Strategieplänen ermittelten Bedürfnisse und Prioritäten definiert werden. Sie müssen ehrgeiziger sein als die durch die Konditionalität festgelegten Anforderungen und Verpflichtungen. Diese Liste erhöht auch die Transparenz des Prozesses zur Erstellung der GAP-Strategiepläne und bietet Landwirten, Verwaltungen, Wissenschaftlern und Interessenvertretern eine Grundlage für die weitere Diskussion.

Auch die Ziele der „Farm to Fork“-Strategie und der Biodiversitätsstrategie werden berücksichtigt.

[Vorschläge der Kommission für Ökoregelungen](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Monitoringbericht über EU-Agrar- und Lebensmittelhandel

Die Kommission hat am 25.01.2021 den Monitoringbericht für den Agrar- und Lebensmittelhandel für den Zeitraum Januar bis Oktober 2020 veröffentlicht.

Die Ausfuhren der EU27 erreichten im Berichtszeitraum einen Wert von 151,8 Mrd. € (ein Anstieg um 0,5 % gegenüber dem gleichen Zeitraum 2019), während sich die Einfuhren auf 102 Mrd. € beliefen (ein Anstieg um 0,1 %). Infolgedessen stieg der Handelsbilanzüberschuss im Agrar- und Ernährungsbereich um 1,3 % auf 49,8 Mrd. €.

Die starke Entwicklung der EU-Agrarnahrungsmittelsexporte nach China setzte sich mit einem Zuwachs von 3,09 Mrd. € fort, angeführt von Schweinefleisch, Weizen und Säuglingsnahrung.

Was den Handel mit dem Vereinigten Königreich betrifft, so sanken die EU-Importe aus dem Vereinigten Königreich wertmäßig um 1,56 Mrd. €, während die EU-Exporte ins Vereinigte Königreich um 546 Mio. € zurückgingen.

Eine Verringerung der EU-Aufnahme von US-Sojabohnen und Ölkuchen trug zu einem Gesamtrückgang des Wertes der Importe um 663 Mio. € bei, während der Wert der EU-Exporte um 705 Mio. € sank, wobei Spirituosen und Wein die am stärksten betroffenen Produkte waren.



Mit einem Anstieg von 713 Mio. € war Kanada die wichtigste Quelle für das Wachstum der Agrarlebensmittelimporte in die EU, angetrieben durch die Aufnahme von Raps und Weizen.

Im Laufe des Jahres 2020 wirkte sich die COVID-19-Krise deutlich auf die Sektoren Wein, Spirituosen und Likör aus. Im Vergleich zu Januar-Oktober 2019 sank der Exportwert von Spirituosen und Likören aus der EU um 1,53 Mrd. €, während der Wert von Wein um 1,43 Mrd. € zurückging.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Monitoringbericht der Kommission EU-Agrar-/Lebensmittelhandel Jan-Okt 2020](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regelungen für geografische Angaben für Lebensmittel und Getränke

Die Kommission hat am 15.01.2021 eine öffentliche Konsultation gestartet mit dem Ziel, die Regelungen für geografische Angaben von Agrarerzeugnissen zu überarbeiten.

Mit dieser Konsultation wird die Öffentlichkeit aufgefordert, sich dazu zu äußern, wie das System der geografischen Angaben gestärkt werden kann. So sollen die größten Herausforderungen, die bei der geplanten Überarbeitung angegangen werden müssen, und ihre Ursachen ermittelt werden.

In der EU werden fast 3.400 Namen bestimmter Erzeugnisse, darunter landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse, Weine, Spirituosen und aromatisierte Weinerzeugnisse, im Rahmen einer EU-Qualitätsregelung geschützt. Diese umfassen geografische Angaben (g. A.), geschützte Ursprungsbezeichnungen (g. U.), geschützte geografische Angaben (g. g. A.) und garantierte traditionelle Spezialitäten (g. t. S.).

Rückmeldungen sind möglich bis 09.04.2021.

[Konsultation](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur EU-Waldstrategie nach 2020

Die Kommission hat am 25.01.2021 eine Konsultation im Hinblick auf die neue EU-Waldstrategie nach 2020 veröffentlicht.

Die neue Waldstrategie baut auf der Biodiversitätsstrategie auf und steht im Kontext des europäischen Grünen Deals.

Ziel der Strategie ist es, für gesunde und widerstandsfähige Wälder zu sorgen, die die biologische Vielfalt schützen, zu den Klimazielen beitragen, Existenzgrundlagen sichern und eine kreislaforientierte Bioökonomie fördern. Außerdem wird die Strategie die EU bei der Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen unterstützen und die Grundlage für einen klar umrissenen, kohärenten und ganzheitlichen Ansatz für Wälder bilden, durch den die EU ihre internationale Führungsrolle weiter ausbauen kann.



Der Schwerpunkt liegt auf dem Schutz, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern.

Rückmeldungen sind bis 19.04.2021 möglich.

[Konsultation](#)

Kommission startet Initiative „neues Europäisches Bauhaus“

Die Kommission hat am 18.01.2021 die Initiative „Ein neues Europäisches Bauhaus“ vorgestellt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB).

Das neue Europäische Bauhaus ist ein ökologisches, wirtschaftliches und kulturelles Projekt, mit dem Design, Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Investitionen kombiniert werden sollen, um einen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals zu leisten. Die zentralen Werte des neuen Europäischen Bauhauses sind daher Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusivität. Der nachwachsende Rohstoff Holz wird explizit als nachhaltiger Baustoff der Zukunft genannt.

Das Projekt gliedert sich in drei Phasen: In der ersten „Gestaltungsphase“ sollen in einem partizipativen Prozess die Grundlagen für ein neues „Europäisches Bauhaus“ erarbeitet werden. In der zweiten „Umsetzungsphase“ wird eine Ausschreibung für fünf „Gründerbauhäuser“ gestartet und die dritte „Erweiterungsphase“ soll zur Verbreitung der Ideen und Konzepte in der EU und darüber hinaus dienen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Website zum neuen Europäischen Bauhaus](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Pestizide

Die Kommission hat am 18.01.2021 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Richtlinie 2009/128/EG) gestartet.

Ziel der Konsultation ist es, Informationen zu sammeln, ob die o. g. Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln die beabsichtigte Wirkung erreicht hat. Weiter sollen Probleme bei deren Umsetzung, Durchsetzung und Anwendung und ihre Ursachen sowie Auswirkungen identifiziert werden. Es soll analysiert werden, inwieweit die Ziele Verringerung von Pflanzenschutzmittel durch integrierten Pflanzenschutz und Alternativen zu chemischen Pflanzenschutzmitteln erreicht wurden und wie der Pflanzenschutzmitteleinsatz weiter reduziert werden kann, um die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und des europäischen Grünen Deals zu erreichen.

Rückmeldungen sind bis 12.04.2021 möglich.

[Konsultation EU-Vorschriften für Pestizide](#)



Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der EU-Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Die Kommission hat am 19.01.2021 einen Fahrplan für die Überarbeitung der Vermarktungsnormen für landwirtschaftliche Erzeugnisse vorgestellt.

Einige Normen sind mittlerweile überholt oder könnten die Bemühungen um eine effizientere und nachhaltigere Lebensmittelversorgung behindern, weshalb mit dieser Initiative die Förderung der Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit nachhaltigeren Erzeugnissen, die Vereinfachung der geltenden Rechtsvorschriften und die Anpassung der EU-Vorschriften an bestimmte Anforderungen des Vertrags von Lissabon erreicht werden sollen.

Rückmeldungen sind bis 16.02.2021 möglich.

[Fahrplan - Überarbeitung der EU-Vermarktungsnormen](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Vorläufige Einigung über den Europäischen Sozialfonds Plus für die Jahre 2021 bis 2027

Die Verhandlungsführer der portugiesischen Ratspräsidentschaft und des Europäischen Parlaments erzielten am 28.01.2021 eine vorläufige politische Einigung über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) als Teil des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 - 2027.

Mit dem ursprünglich von der Kommission am 30.05.2018 vorgelegten Vorschlag (EB 10/18) sollen die Mittel aus unterschiedlichen Programmen und Initiativen in einem Instrument, dem ESF+, gebündelt werden. Ziel des ESF+ ist es, die Mitgliedstaaten und Regionen dabei zu unterstützen, ein hohes Beschäftigungsniveau zu erzielen, einen angemessenen sozialen Schutz zu gewährleisten und Arbeitnehmer für die Arbeitswelt zu qualifizieren. Die Gesamtfinanzausstattung des ESF+ für den Zeitraum 2021 - 2027 soll knapp 88 Mrd. € betragen. Die aktuelle Einigung ist vorläufig und muss von den Unionsgesetzgebern nun noch formell bestätigt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Grünbuch zum Thema Altern

Die Kommission hat am 27.01.2021 ihr bereits seit Längerem angekündigtes Grünbuch zum Thema Altern unter der Überschrift „Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen“ vorgestellt. Sie baut damit auf dem im Juni 2020 vorgelegten Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf (EB 11/20).

Ziel des Grünbuchs soll es sein, eine breit angelegte Grundsatzdebatte über das Altern der Gesellschaften in Europa und die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen anzustoßen. Das Papier fragt etwa, wie mehr Menschen in die Erwerbsbevölkerung eingegliedert werden können, und stellt fest, dass die Beschäftigungsquote von Frauen in der EU um 11,7 Prozentpunkte niedriger liegt als die der Männer. Darüber hinaus beschäftigt sich das Grünbuch beispielsweise mit dem Thema Altersarmut, den wachsenden Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung und den Auswirkungen auf die „Altersversorgungssysteme“ in der EU.

Schließlich will die Kommission im Rahmen einer öffentlichen Konsultation Interessierte dazu einladen, ihre Ansichten zum Umgang mit den Folgen der Bevölkerungsalterung zu äußern. Die Frist für Rückmeldungen hierzu endet am 21.04.2021.

[Grünbuch](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weitere Informationen zur öffentlichen Konsultation](#)



Europäisches Parlament fordert Recht auf Nichterreichbarkeit für Arbeitnehmer in Europa

Das Europäische Parlament (EP) hat am 21.01.2021 eine legislative Entschließung angenommen, mit der es ein „Recht auf Nichterreichbarkeit“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa fordert. Die Kommission wird ausdrücklich aufgefordert, einen Vorschlag für eine Richtlinie der Union über Mindeststandards und -bedingungen vorzulegen, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten in der EU ihr Recht auf Nichterreichbarkeit auch tatsächlich wahrnehmen können, d. h., dass sie außerhalb ihrer Arbeitszeit keine arbeitsbezogenen Aufgaben erledigen müssen. Allerdings erinnert das Parlament auch an die Rahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner vom Juni 2020 zum Thema Digitalisierung der Arbeitswelt, die ihrerseits auch Regelungen zum Thema Erreichbarkeit enthält (EB 11/20). Um die im Unionsrecht verankerte Rolle der Sozialpartner nicht außer Acht zu lassen, soll daher die dreijährige Umsetzungsfrist der Rahmenvereinbarung zunächst abgewartet werden, bevor die Union gesetzgeberisch tätig wird.

[Text der Entschließung](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

Europäisches Parlament fordert angemessenen und erschwinglichen Wohnraum für alle

In einer nicht-legislativen Entschließung, die am 21.01.2021 angenommen wurde, fordert das Europäische Parlament (EP), den Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum als durchsetzbares Menschenrecht anzuerkennen und die Beseitigung von Obdachlosigkeit voranzutreiben.

Das EP weist darauf hin, dass sich die Erschwinglichkeit von Wohnraum und die Wohnverhältnisse für Eigentümer und Mieter mit niedrigem Einkommen in den letzten Jahrzehnten verschlechtert hätten. Fast 38 % der armutsgefährdeten Haushalte würden mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum ausgeben. Dabei seien Frauen ganz besonders von der Wohnungskrise und von Armut betroffen, was teils auf das Lohn- und Rentengefälle zwischen Frauen und Männern und teils darauf zurückzuführen sei, dass sie häufiger in Teilzeitarbeit beschäftigt seien. Die Abgeordneten erneuern daher insgesamt ihre Forderung (EB 19/20), Wohnungslosigkeit in Europa bis zum Jahre 2030 zu beseitigen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung](#)

Europäisches Parlament fordert verbindliche Maßnahmen, um die neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen

In einer Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) vom 21.01.2021 begrüßen die Abgeordneten grundsätzlich die von der Kommission im März 2020 veröffentlichte neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020 - 2025 als starkes Zeichen für die europäische Gleichstellungspolitik (EB 04/20). Das EP bedauert jedoch, dass die Strategie hinsichtlich der zeitlichen Vorgaben vage bleibe und dass keine konkreten



Zielvorgaben aufgestellt würden, die im Bereich der Geschlechtergleichstellung bis 2025 verwirklicht werden sollen.

Um das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Europa zu überwinden solle die Kommission daher möglichst bald einen Vorschlag für verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz vorlegen. Die Abgeordneten sind ferner „zutiefst besorgt“ über Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen in der Arbeitswelt und fordern von der Kommission und den Mitgliedstaaten wirksame und verbindliche Maßnahmen. Das EP sieht zudem Gegenreaktionen gegen Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter in einigen Mitgliedstaaten der EU und zeigt sich auch insoweit „zutiefst besorgt“.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Dritter Coronavirus-Impfstoff erhält vorläufige EU-weite Zulassung

Die Kommission hat am 29.01.2021 dem gemeinsam von AstraZeneca und der Universität Oxford entwickelten Coronavirus-Impfstoff eine vorläufige EU-weite Marktzulassung für den Einsatz bei über 18Jährigen erteilt. Kurz zuvor hatte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) eine entsprechende Zulassungsempfehlung ausgesprochen.

Der Impfstoff von AstraZeneca und der Universität Oxford ist bereits der dritte in der EU zugelassene Coronavirus-Impfstoff: Seit dem 21.12.2020 ist der gemeinsam von Pfizer und BioNTech entwickelte Impfstoff, seit dem 06.01.2021 der Impfstoff des Unternehmens Moderna vorläufig in der EU zugelassen (EB 01/21). Bei der EMA läuft zudem ein „Rolling Review“ zum Impfstoff des Unternehmens Janssen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)

Kommission führt Genehmigungspflicht für Impfstoffexporte ein

Die Kommission hat am 29.01.2021 einen Transparenz- und Genehmigungsmechanismus für Exporte von Coronavirus-Impfstoffen beschlossen. Die Kommission legte eine Durchführungsverordnung vor, der zufolge Exporte von Coronavirus-Impfstoffen und bestimmten Vorprodukten künftig einer Genehmigung durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bedürfen. Ziel der Neuregelung ist es, den zeitnahen Zugang aller EU-Bürger zu Coronavirus-Impfstoffen sicherzustellen und bestehende Transparenzdefizite zu beseitigen.

Der Durchführungsverordnung zufolge sollen die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten eine Genehmigung nur erteilen, wenn der geplante Export die Erfüllung der von der EU geschlossenen Impfstoffverträge nicht gefährdet. Ohne Genehmigung ist der Export künftig verboten. Ausnahmen von der Genehmigungspflicht gelten u. a. für Exporte in bestimmte Staaten sowie Exporte für humanitäre Zwecke, etwa im Rahmen der COVAX-Fazilität.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Fragen und Antworten zum Transparenz- und Genehmigungsmechanismus](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Leitlinien für Coronavirus-Impfzertifikate für medizinische Zwecke

Die Kommission hat am 28.01.2021 mitgeteilt, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten im Rahmen des eHealth-Netzwerks (rechtlich unverbindliche) Leitlinien zu Coronavirus-Impfzertifikaten vereinbart zu haben. Die Ausarbeitung der Leitlinien entspricht einem Arbeitsauftrag aus der Videokonferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 21.01.2021 (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB).



In den Empfehlungen wird ein Mindestdatensatz zu den Informationen festgelegt, die in den Impfbzertifikaten enthalten sein sollen, insbesondere zur Identität des Zertifikatinhabers, zur Impfung sowie Metadaten zum Zertifikat. Die Empfehlungen enthalten zudem Vorgaben für einen Mechanismus zur Verifizierung der Richtigkeit und Gültigkeit des Zertifikats. Die Impfbzertifikate sollen der Kommission zufolge zunächst medizinischen Zwecken dienen, später gegebenenfalls auch zum Nachweis des Impfbstatus in anderen Zusammenhängen. Der Kommission zufolge sollen die Arbeiten auf EU-Ebene an einer interoperablen Zertifikatlösung fortgesetzt werden.

[Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Folgenabschätzung zur Einrichtung der neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen vor

Die Kommission hat am 27.01.2021 eine Folgenabschätzung zur geplanten Einrichtung der neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (European Health Emergency Preparedness and Response Authority – „HERA“) vorgelegt. Die Folgenabschätzung ist Teil der vorbereitenden Arbeiten an einem entsprechenden Legislativvorschlag, der im vierten Quartal 2021 vorgelegt werden soll. Im nächsten Schritt soll zunächst im März 2021 eine öffentliche Konsultation eingeleitet werden.

Aufgabe der HERA soll die angemessene Vorbereitung und Reaktion gegenüber schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sein – einschließlich biologischer, chemischer und nuklearer Bedrohungen. Die Zuständigkeiten der Behörde sollen die Bereiche Früherkennung und Wissensaufbau; Förderung von Forschung und Entwicklung zu geeigneten Gegenmaßnahmen; Sicherstellung flexibler und skalierbarer Produktionskapazitäten in der EU; Beschaffungswesen, Bevorratung, Lagerung und Verteilungslogistik sowie Ausbildung umfassen.

[Folgenabschätzung](#)

Kommission kündigt dauerhaftes EU-Programm zur Abwehr biologischer Gefahren an

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 26.01.2021 in einer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum von Davos eine weitere mögliche Aufgabe der neuen EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen („HERA“, siehe gesonderten Beitrag in diesem EB) angekündigt.

Die EU-Behörde solle die Verwaltung eines neuen, auf Dauer angelegten EU-Programms zur Abwehr biologischer Gefahren übernehmen. Das Programm soll die Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft haben und darauf abzielen, bekannte und neue Krankheitserreger zu erforschen und Impfstoffe gegen diese Erreger zu entwickeln und herzustellen. Das Programm soll u. a. Technologie- und Herstellerunternehmen und Regulierungsbehörden wie etwa die Europäische Arzneimittelagentur zusammenbringen.



[Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Vorschläge der Kommission zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen

Die Kommission hat am 25.01.2021 Vorschläge zur Verschärfung der Ratsempfehlungen zu Reisebeschränkungen vorgelegt (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

- In Bezug auf die Ratsempfehlung 2020/912 zur vorübergehenden Beschränkung nicht notwendiger Reisen aus Drittstaaten in die EU (EB 12/20) schlägt die Kommission vor, neben Fallmeldungsrate, Testrate und Testpositivitätsrate auch die Verbreitung bedenklicher Virusvarianten als relevantes Kriterium für eine etwaige Aufhebung des EU-Einreisestopps einzuführen. Außerdem sollten Mitgliedstaaten von allen Reisenden verlangen, frühestens 72 Stunden vor der Abreise einen negativen PCR-Test durchzuführen und einen entsprechenden Nachweis vorzulegen.
- In Bezug auf die Ratsempfehlung 2020/1475 zum koordinierten Vorgehen bei Reisen innerhalb der EU, die eine EU-weite Corona-Ampel etabliert hatte (EB 17/20), schlägt die Kommission eine neue Kategorie „dunkelrot“ für Gebiete mit einer 14-Tage-Inzidenz von über 500 vor. Hier soll grundsätzlich kumulativ eine Testpflicht vor Ankunft und eine Quarantänepflicht nach Ankunft gelten. Ausnahmen solle es für das Transportwesen und Personen in Grenzregionen geben.

Die Vorschläge der Kommission werden nun ratsseitig verhandelt. Im Falle ihrer Annahme durch den Rat sind die Empfehlungen rechtlich nicht verbindlich.

[Vorschlag für eine Überarbeitung der Ratsempfehlung 2020/912](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag für eine Überarbeitung der Ratsempfehlung 2020/1475](#) (in englischer Sprache)

EU-Sondergipfel zum Thema „Coronavirus“ am 21.01.2021

Am 21.01.2021 fand eine Videokonferenz des Europäischen Rates zur Coronavirus-Pandemie statt (siehe hierzu Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

Den mündlichen Schlussfolgerungen des Präsidenten des Europäischen Rates, *Charles Michel*, zufolge sprachen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Konferenz für weitere Einschränkungen nicht notwendiger Reisen in der EU aus. Hierzu sollen die entsprechenden EU-Ratsempfehlungen für Reisebeschränkungen überarbeitet werden (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB). Im Hinblick auf COVID-19-Tests begrüßte der Europäische Rat die Einigung über EU-einheitliche Regeln für Antigen-Schnelltests und die gegenseitige Anerkennung der Testergebnisse (siehe gesonderten Beitrag in diesem EB) und forderte, die Sequenzierungskapazitäten zur Erkennung von Virusvarianten auszubauen. Im Hinblick auf Coronavirus-Impfungen forderten die Staats- und Regierungschefs eine weitere Beschleunigung der Bemühungen. Die beteiligten Unternehmen müssten ihre Lieferzusagen einhalten. Zudem solle ein



interoperabler Standard-Impfnachweis ausgearbeitet werden. Zu einem späteren Zeitpunkt solle beschlossen werden, unter welchen Umständen diese Bescheinigungen eingesetzt werden können.

[Mündliche Schlussfolgerungen von Charles Michel zur Videokonferenz](#)

[Presseerklärung von Kommissionspräsidentin von der Leyen nach der Videokonferenz](#)

Rat nimmt Empfehlung für EU-weit einheitlichen Rahmen für Coronavirus-Tests an

Der Rat hat am 21.01.2021 im schriftlichen Verfahren eine (rechtlich unverbindliche) Empfehlung für einen einheitlichen Rahmen für den Einsatz und die Validierung von Antigen-Schnelltests und die gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse von COVID-19-Tests in der EU angenommen.

In der Empfehlung wird den Mitgliedstaaten u. a. empfohlen, Antigen-Schnelltests als Mittel zur weiteren Stärkung der Testgesamtkapazitäten einzusetzen, etwa dann, wenn nur begrenzte Kapazitäten für RT-PCR-Tests bestehen oder in Situationen, in denen durch längere Testumlaufzeiten der klinische Nutzen verloren ginge. Die Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass das Testen mit Antigen-Schnelltests von geschultem Personal durchgeführt wird und einer Qualitätskontrolle unterliegt. Die Empfehlung legt zudem grundlegende Leistungsanforderungen für Antigen-Schnelltests fest.

Die Empfehlung statuiert ferner den Grundsatz, dass die Ergebnisse von COVID-19-Tests, die in einem Mitgliedstaat von zertifizierten Gesundheitseinrichtungen durchgeführt wurden, in anderen Mitgliedstaaten anerkannt werden sollen.

[Angenommene Empfehlung](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Blut, Gewebe und Zellen

Die Kommission hat am 21.01.2021 eine öffentliche Konsultation zu den EU-Vorschriften über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von menschlichem Blut, Blutbestandteilen, Geweben und Zellen zu medizinischen Zwecken eingeleitet.

Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 15.04.2021 über ein Online-Portal möglich.

Die Konsultation dient der Vorbereitung eines – für das vierte Quartal 2021 angekündigten – Legislativvorschlags zur Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für menschliches Blut, Gewebe und Zellen. Nähere Einzelheiten zu der Initiative sind in einem am 17.11.2020 vorgelegten Fahrplan festgelegt (EB 19/20).



Dem Fahrplan zufolge zielt die Reform auf eine Anpassung der einschlägigen Vorschriften – insbesondere der Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG – an wissenschaftliche Entwicklungen, die Stärkung der Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften, den besseren Schutz von Spendern und die Sicherung der Versorgung mit Blutplasma in der EU ab.

[Konsultationsseite](#)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Mitteilung „Gemeinsam gegen COVID-19“ vor

Die Kommission hat am 19.01.2021 eine Mitteilung zum Thema „Gemeinsam gegen COVID-19“ vorgelegt. Darin schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen für die weitere Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie vor.

Zur Beschleunigung der Coronavirus-Impfkampagnen in der EU schlägt die Kommission in der Mitteilung gemeinsame Impfziele für die Mitgliedstaaten vor: Bis März 2021 sollen mindestens 80 % der Menschen über 80 Jahren sowie 80 % des Personals in Gesundheits- und Sozialberufen in allen Mitgliedstaaten geimpft werden. Bis Sommer 2021 sollen die Mitgliedstaaten 70 % der gesamten erwachsenen Bevölkerung geimpft haben. Um die ausreichende Verfügbarkeit von Impfstoffen sicherzustellen, schlägt die Kommission eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und der Industrie vor, um Produktionskapazitäten für Impfstoffe schnell auszubauen. In der Mitteilung wird zudem u. a. die Ausweitung von Tests und Genomsequenzierung gefordert, um die Ausbreitung von Virusvarianten festzustellen. Weitere, in der Mitteilung angesprochene Bereiche sind die Aufrechterhaltung des Binnenmarkts und der Freizügigkeit während der Pandemie sowie die Beteiligung der EU an Initiativen für den Zugang zu Impfstoffen auch für Nicht-EU-Staaten.

[Mitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Empfehlungen zu Isolations- und Quarantäneregeln für COVID-19-Patienten, Kontaktpersonen und Reisende

Die Kommission hat am 19.01.2021 (rechtlich unverbindliche) Empfehlungen zu einem EU-weit einheitlichen Ansatz zu Isolations- und Quarantäneregeln für COVID-19-Patienten, Kontaktpersonen und Reisende veröffentlicht. Die Empfehlungen seien vom EU-Gesundheitssicherheitsausschuss am 11.01.2021 vereinbart worden, einem Gremium, dem Vertreter der Kommission und der Mitgliedstaaten angehören.

In dem Dokument wird den Mitgliedstaaten u. a. empfohlen, COVID-19-Patienten mit leichten oder moderaten Symptomen für mindestens 7-10 Tage zu isolieren, sofern zusätzlich weitere Voraussetzungen wie etwa das Abklingen des Fiebers und weiterer klinischer Symptome für bestimmte Zeiträume erfüllt sind. Im Hinblick auf Kontaktpersonen wird eine Quarantänezeit von 10-14 Tagen empfohlen, wobei die Quarantäne gegebenenfalls



durch einen negativen COVID-19-Test abgekürzt werden könne. Im Hinblick auf Reisende wird in dem Dokument u. a. betont, dass Quarantäne- und Testerfordernisse verhältnismäßig klar kommuniziert und leicht befolgt sein müssen. Das Dokument geht ferner auf Fragen der grenzüberschreitenden Kontaktnachverfolgung und Kommunikation ein.

[Empfehlung](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt Fahrplan zur Evaluierung der Patientenmobilitätsrichtlinie vor

Die Kommission hat am 15.01.2021 einen Fahrplan zur Evaluierung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung vorgelegt. Der Kommission zufolge soll die Evaluierung u. a. folgende Bereiche umfassen: Aufgaben von Behandlungs- und Versicherungsmitgliedstaaten, Verwaltungsverfahren und Vorabgenehmigungen für grenzüberschreitende Behandlungen, Anerkennung von Verschreibungen, Bereitstellung von Informationen für Patienten durch die Nationalen Kontaktstellen, Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen sowie (Weiter-)Entwicklung der Europäischen Referenznetzwerke. Die Evaluierung wird zudem das Zusammenspiel der Patientenmobilitätsrichtlinie mit der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit überprüfen. Die Vorschriften der Richtlinie über eHealth sind von der Evaluierung ausgenommen; sie sollen gesondert im Rahmen der Vorbereitungen für den Europäischen Gesundheitsdatenraum evaluiert werden.

Die Evaluierung der Patientenmobilitätsrichtlinie war von der Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2021 angekündigt worden (EB 17/20). Dem Fahrplan zufolge soll im Rahmen der Evaluierung zunächst eine öffentliche Konsultation gestartet werden. Dies ist für das zweite Quartal 2021 vorgesehen. Der Abschluss des Evaluierungsprozesses wird für das zweite Quartal 2022 angestrebt.

[Fahrplan](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Beteiligung von Frauen in der digitalen Wirtschaft: Entschließung des Europäischen Parlaments

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) verabschiedete am 21.01.2021 mit 598 Stimmen, 45 Gegenstimmen und 40 Enthaltungen die Entschließung „Überwindung der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern: die Teilhabe von Frauen an der digitalen Wirtschaft“. Angesichts dessen, dass Mädchen und Frauen einen Anteil von nur 17 % aller IKT-Studierenden in der EU ausmachten, wobei gleichzeitig zukünftig voraussichtlich mehr als 90 % der Arbeitsplätze ein gewisses Maß an IKT- und digitalen Kompetenzen erfordern würden, werden darin die Kommission und die Mitgliedstaaten sowie Entwickler, Unternehmen und Hochschulen aufgefordert, das Geschlechtergefälle im IKT-Sektor anzugehen. Maßnahmen seien vom frühesten Kindesalter bis zur beruflichen Weiterqualifizierung nötig. Auch Gelder aus den EU-Programmen sollten in diesem Sinne eingesetzt werden. Das Geschlechtergefälle bei Softwareentwicklern und -ingenieuren gibt aus Sicht des EP auch Anlass zur Sorge, was potenzielle bewusste und unbewusste geschlechtsdiskriminierende Vorurteile bei Anwendungen der Künstlichen Intelligenz und Videospiele angehe.

[Text der Entschließung](#)

Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu Künstlicher Intelligenz im militärischen Kontext

Ein am 20.01.2021 mit 364 Stimmen bei 274 Gegenstimmen und 52 Enthaltungen vom Plenum des Europäischen Parlaments (EP) angenommener Initiativbericht fordert einen EU-Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI), der auch die militärische Nutzung von KI betrifft. Das EP stellt darin die Forderung nach einer EU-Strategie zum Verbot des Einsatzes tödlicher autonomer Waffensysteme. Die EU solle zudem eine führende Rolle bei der Förderung eines globalen Rahmens zur Regelung des militärischen Einsatzes von KI an der Seite der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft übernehmen. Die Europaabgeordneten warnen auch vor Gefahren durch den Einsatz von KI-Technologien bei der zivilen und militärischen Massenüberwachung. Sie fordern ein Verbot für Behörden, „hochgradig intrusive Anwendungen zur Bewertung des sozialen Verhaltens“ zu verwenden. Berichterstatter für den Initiativbericht war der Abgeordnete *Gilles Lebreton* (FRA/ID).

[Pressemitteilung des EP](#)

[Text der Entschließung](#)

Kommissionsinitiative für eine künftige Digitalsteuer

Die Kommission öffnete am 18.01.2021 eine breite öffentliche Konsultation für eine zukünftige Digitalsteuer. Die Kommissionsinitiative zielt darauf ab, per Richtlinie eine Digitalsteuer einzuführen, um die Frage der fairen Besteuerung der digitalen Wirtschaft anzugehen. Eine Digitalsteuer auf EU-Ebene solle so gestaltet werden,



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 02/2021 vom 30.01.2021



dass sie mit den laufenden Arbeiten der OECD sowie der G20 übereinstimme und mit der WTO sowie anderen internationalen Verpflichtungen vereinbar sei (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Öffentliche Konsultation der Kommission](#)